

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 36 vom 7. September 1979

13. Jahrgang

1 DM

Antikriegstag '79

Machtvoller Protest gegen Krieg, Faschismus und Reaktion

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Das bekräftigten in der vergangenen Woche Zehntausende von Teilnehmern an Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen zum Antikriegstag.

Überall standen die Aktivitäten auch eindeutig im Zeichen einer klaren Kampfansage an den neuen „starken Mann“ des Monopolkapitals, den Kanzlerkandidaten Strauß. Auf zahlreichen Transparenten, Aufklebern und Anstecknadeln stand zu lesen, in immer wiederkehrenden Sprechchören war zu hören, was vor allem die Gewerkschaftsjugend für das Gebot der Stunde hält: „Stoppt Strauß!“

Unsere Partei hat sich aktiv an den Aktionen zum Antikriegstag beteiligt und sich nach

Kräften bemüht, ihnen eine klare Ausrichtung gegen die Kriegstreiber und Reaktionen von heute zu geben. Das ist überall im Bundesgebiet und in Westberlin auf breite Resonanz gestoßen. Die Gewerkschaftsführung allerdings hat versucht, gerade eine solche notwendige und kämpferische Ausrichtung des Antikriegstags zu sabotieren. Da wurde der Gewerkschaftsjugend das Verbreiten einer Broschüre verboten, in der die wahren Schuldigen am Völkermorden des zweiten Weltkriegs mit

Namen genannt wurden — die Siemens, Krupp, Thyssen usw. Da wurden in München gewaltsam junge Gewerkschafter, die ein Anti-Strauß-Transparent trugen, von DGB-Ordern angegriffen.

Und überall nutzten Gewerkschaftsbözen und SPD-Politiker ihre Reden auf Veranstaltungen des Antikriegstags zur schamlosen antikomunistischen Hetze und zur Verniedlichung der von Strauß ausgehenden Gefahr. Aber sie kamen nicht durch damit. DGB-Chef Vetter selbst wurde auf der zentralen Kundgebung der Gewerkschaftsjugend in Dortmund niedergeschrien, als er beispielsweise Strauß verteidigte und Stalin die Mitschuld am Ausbruch des Krieges in die Schuhe schieben wollte. Gerade die Großveranstaltung der 16000 in Dortmund war ein ermutigendes Zeichen dafür, daß sich die Bewegung gegen Krieg, Faschismus und Reaktion auch von den verräterischen Gewerkschaftsführern nicht aufhalten läßt. (Kommentar, Berichte und Fotos auf S. 2, 5 und 9)



Antifaschistische Kundgebung in der Dortmunder Bittermark

Kreiswehrrersatzamt hält Angriff auf Ölstaaten für rechtens Skandalöser Ablehnungsbescheid

Das Kreiswehrrersatzamt Kiel hält eine etwaige Besetzung der arabischen Ölquellen durch Einheiten der Bundeswehr für einen Verteidigungskrieg.

Der Wehrpflichtige Christian Christiansen, 20, hatte unter anderem mit Hinweis auf die ständigen Drohungen der USA-Imperialisten gegen die OPEC-Staaten den Kriegsdienst verweigert. Das sei nach seiner Überzeugung ein klarer Fall von Angriffskrieg, an dem er sich auf keinen Fall beteiligen wolle.

Der Prüfungsausschuß war da anderer Meinung. In dem Ablehnungsbescheid mit dem Aktenzeichen Reg. Nr. PA 399/58/79 heißt es: „Nach

Meinung des Prüfungsausschusses könnte der Antragsteller, wenn er sich die hier interessierenden Fragen eingehender durchdenken würde, auch an einer solchen Besetzung durchaus beteiligen.“ Denn durch einen Ölboykott der OPEC-Staaten könne „die gesamte westliche Welt durchaus in eine notstandsähnliche Situation geraten.“

Weiter wird das absurde Argument gebracht, tausende und Millionen Menschenleben seien schutzwürdiger als wirtschaftliche Einrichtungen. Der Kommentar des Betroffenen: „Wenn das kein Angriffskrieg ist, ist jeder Krieg ein Verteidigungskrieg.“



„Feuer frei“ für die NATO-Truppen heißt es ab dem 7. September, dem Beginn einer Manöverserie mit Namen „Autumn Forge“ (Herbstschmiede). Noch sind die machtvollen Parolen gegen den imperialistischen Krieg nicht verklungen, da werden Heeresverbände aus England und den USA eingeflogen. „Autumn Force“ ist nicht nur die umfangreichste Manöverserie auf westdeutschem Boden; hier sollen die NATO-Truppen noch stärker als bisher zusammengeschweißt werden. Allein an dem Teilmanöver „Harte Faust“ in Norddeutschland, das am 17. September beginnt, nehmen über 60 000 Soldaten teil.

Lambsdorff in Argentinien

Neue Atomgeschäfte mit Militärdiktatur

Nachdem er von seiner 3wöchigen Lateinamerikareise zurückgekehrt war, mußte Wirtschaftsminister Lambsdorff als erstes wieder einmal dementieren: Es gäbe keinen geheimen Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik und Argentinien über nukleare Zusammenarbeit. Ausgerechnet der Präsident der argentinischen Atomenergiekommission soll diesmal gelogen haben.

Erst wenige Tage zuvor, während seines Brasilienaufenthalts, war bekannt geworden, daß ein ebenfalls lange Zeit dementierter Geheimvertrag mit Brasilien besteht, der den deutschen Monopolen eine Vorrangstellung in Brasiliens Energieindustrie sichert. Als Gegenleistung bekommt die Militärdiktatur die Technologie für die Atombombe.

Das gleiche Ziel haben auch

die faschistischen Generale Argentiniens mit diesem neuen Geheimgeschäft. Bekannt jedenfalls ist — und das konnte auch der Wirtschaftsminister nicht abstreiten — daß die Siemensgruppe mit ihrer Kraftwerk Union das Atomkraftwerk Atucha II liefern soll, obwohl italienische und kanadische Konkurrenz billigere Angebote machen. Ebenso ist bekannt, daß auch Verhandlungen über die weiteren, bis jetzt geplanten, vier Atomkraftwerke geführt werden.

Der Export von AKWs in außereuropäische Länder wird von der Siemensgruppe deshalb so intensiv betrieben, weil dort die Profitmöglichkeiten angesichts geringer Sicherheitsvorschriften noch viel höher sind als im Inland. Dahinter steht immer auch die Planung der militärischen Zusammenarbeit.

Aufruf

Demonstration der Initiative „Keine Jugendpolizei in NRW“ am 15. September in Essen • Treffpunkt: Saalbau, Nähe Hbf, 10.00 Uhr • Abschlußkundgebung: Pferdemarkt • weitere Informationen: „Initiative Keine Jugendpolizei in NRW“, Alleestr. 49, 4100 Duisburg 11

++++

Öffentliche Verhandlung gegen die Jugendpolizei • Zeugen: Betroffene, Jugendliche, Sozialarbeiter • Angeklagter: NRW-Innenminister Hirsch • Zugabe: Musik, Kabarett, Sketche, Theater • 15. September, 14.00 Uhr, Aula der Maschinenbauschule Essen, Schützenbahn 70, Nähe Pferdemarkt • Veranstalter: Rote Garde, Jugendorganisation der KPD/ML

Erpressung durch Konzernherren bei Hoesch

8 000 Arbeitsplätze in Gefahr?

Die Kapitalisten des deutsch-holländischen Stahlkonzerns Hoesch-Hoogovens (Estel-Konzern) drohen erpresserisch: Entweder der Staat finanziert uns ein neues Oxygenstahlwerk in Dortmund, (Kostenaufwand: mehrere 100 Millionen Mark), oder bei den Hoesch-Hüttenwerken verschwinden 8 000 Arbeitsplätze in den nächsten drei Jahren.

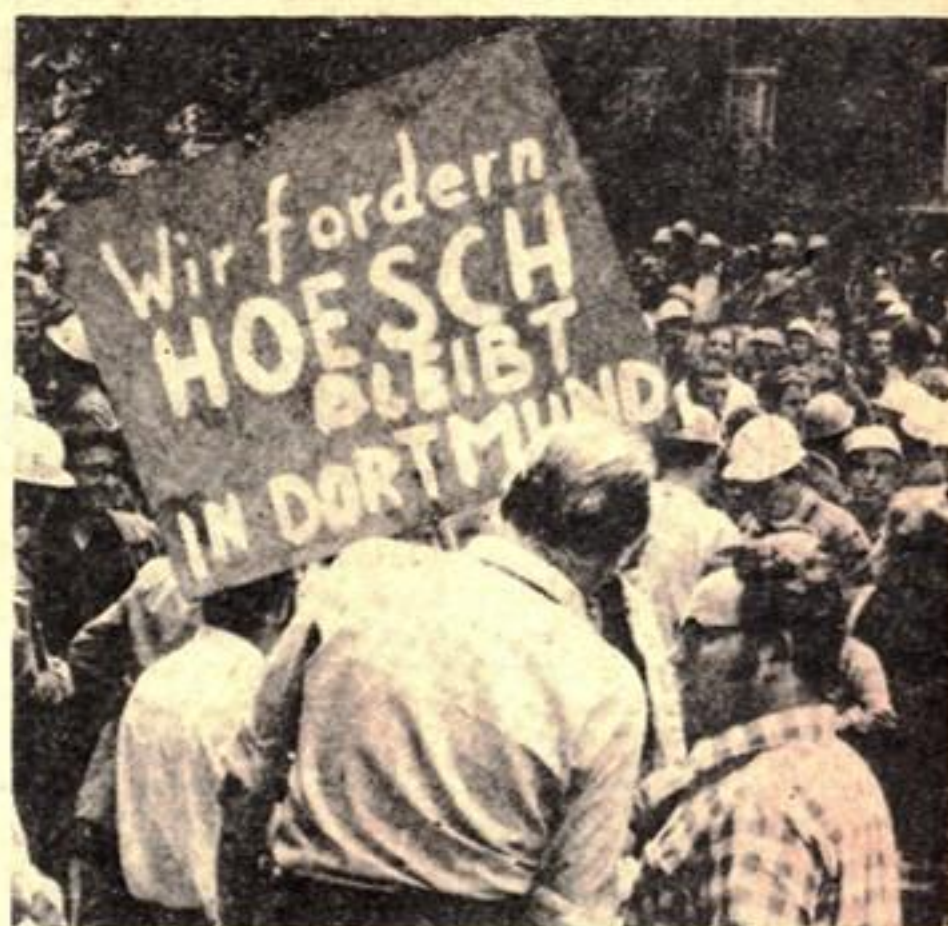
Vom Standpunkt der Estel-Herren aus müssen die Siemens-Martin-Werke (SMW) stillgelegt werden, weil sie veraltet und damit unrentabel seien. Würden sie nicht durch das neue Oxygenstahlwerk ersetzt, so würde bei Hoesch in Dortmund die gegenwärtige Jahresproduktion an Rohstahl von 6 Millionen Tonnen auf die Hälfte schrumpfen.

Aber auch wenn die SMW-Werke durch das Oxygenwerk abgelöst werden, wäre die Folge, daß viele hundert Arbeits-

plätze „überfällig“ würden. Denn erstens beträgt die Kapazität des geplanten neuen Oxygenstahlwerks nur 2 Millionen Jahrestonnen, während bei den SMW-Werken 3 Millionen Tonnen jährlich erzeugt werden. Zweitens kommt der Rationalisierungseffekt dazu.

Außerdem wäre die Rohstahlerzeugung in Dortmund nach wie vor von endgültiger Stilllegung bedroht. Denn die Estel-Kapitalisten (vor allem die Deutsche Bank) können an der holländischen Nordseeküste profitabler Stahl erzeugen als in Dortmund (wegen des Standortvorteils). Und Profit ist ihr einziges Interesse.

Die Hoesch-Stahlwerker und die werktätige Bevölkerung in Dortmund fordern: Bei Hoesch darf kein einziger Arbeitsplatz vernichtet werden. Sicherung der Stahlbasis in Dortmund!



Die Rohstahlerzeugung in Dortmund ist bedroht. Schon einmal kämpften die Hoesch-Kollegen gegen die Verlegung des Werkes nach Holland.

Kommentar

„Aus der Geschichte lernen!“ Das war eine Parole der Gewerkschaftsjugend am diesjährigen Antikriegstag. Aus der Geschichte lernen — das ist heute notwendiger denn je. Heute, wo ein Schmidt von der Möglichkeit des Kriegs um das Öl spricht, wo ein Strauß brutal zur Macht drängt; in einer Zeit,

derlage im ersten Weltkrieg für den zweiten zu rüsten begannen, als sie Hitler an die Macht brachten und der faschistische Terror über unser Volk hereinbrach, da waren es wieder die Führer der reformistischen Gewerkschaften, die sich auf die Seite der Machthaber, gegen das Volk stellten.

Antikriegstag und Gewerkschaftsführung

da allerorten die Gefolgsleute des Faschismus, die Hetzer für Krieg und Völkermord immer dreister ihre Stimme erheben. Ein Beispiel nur: Exakt am 1. September konnten der Faschist Otto von Habsburg und einige seiner Freunde aus den Führungsrängen der CSU in allen bürgerlichen Zeitungen eine großformatige Anzeige unterbringen, in der Stalin zum eigentlichen Verantwortlichen des Weltkriegs gemacht wurde.

Das war der Beitrag der Strauß-Kumpane zum Antikriegstag. Aber genau die gleichen demagogisch nebeneinander gesetzten Porträts von Hitler und Stalin wie in dieser Anzeige konnte man auch in einer Zeitung des DGB finden. Auch die „Einheit“, Organ der IG Bergbau, verleumdete Stalin als Mitverantwortlichen des faschistischen Völkermords und darüber hinaus die Thälmannsche KPD zur Handlangerin der Nazi-Partei. Das war der Beitrag der IG-Bergbau-Bonzen zum Antikriegstag.

Aus der Geschichte lernen? Für die Spitzenfunktionäre des DGB gilt eine andere Lösung: schamlos die Geschichte verdrehen und verfälschen. Der Artikel in der „Einheit“ war nur das schamloseste, aber nicht das einzige Beispiel dieser Art. Von Vetter angefangen bis zu Figuren wie dem DGB-Landesvorsitzenden von NRW, Bleicher, versuchten die Bonzen ausgerechnet den Antikriegstag und seine Kundgebungen zur Tribüne einer wilden, antikomunistischen Hetze zu machen. Nach dem alten reaktionären Strickmuster „Rot gleich Braun“ wollten sie die Sowjetunion Stalins, die deutschen Kommunisten zu Mitaltern und Schuldigen an der faschistischen Barbarei machen.

Die Vetter und Co., sie haben auch allen Grund, die Wahrheit zu fürchten und bewußt zu verfälschen. Waren es doch ihresgleichen, die verräterischen Führer der Gewerkschaften, die schon im ersten Weltkrieg die Jugend zur „Verteidigung des Vaterlandes“ aufriefen und auf die Schlachtfelder dieses großen Völkermords führten.

Als dann die deutschen Imperialisten nach ihrer Nie-

Der ADGB-Vorsitzende Leipart nannte die faschistische Diktatur eine „verfassungsmäßige Reichsregierung“ und verbot den Gewerkschaftsmitgliedern jedes entschiedene Handeln an der Seite der Kommunisten gegen das Hitlerregime. Derselbe Leipart und seine Vorstandscollegen wandten sich im April 1933, als schon Tausende Kommunisten und andere Antifaschisten dem Mordterror zum Opfer gefallen waren, in einem Brief an Hitler und boten ihm die Mitarbeit im Rahmen des faschistischen Staates an.

Das sind nur einige Tatsachen, die das Verhältnis der verräterischen Gewerkschaftsführer zum imperialistischen Krieg beleuchten. Und führt nicht von den Legionen und Leipart eine direkte Brücke zu den Vetter, Loderer und Schmidt? Oder wie soll man sonst die Tatsache bewerten, daß in der schon erwähnten Hetzschrift „Einheit“ der Kommentar zum diesjährigen Antikriegstag ausgerechnet der Kriegsminister Apel schreiben konnte, der — wie sollte es auch anders sein — die Propagandatrommel für die „notwendige“ Aufrüstung rührt.

Die Spitzen des Gewerkschaftsapparats waren und sind aufs engste mit dem Monopolkapital, mit den Rüstungskonzernen verbunden. Sie haben nicht nur der Wiederaufrüstung in unserem Land den Weg geebnet, sie sitzen auch in den Aufsichtsräten der Waffenschmieden und betreiben Mitbestimmung in Sachen Hochrüstung und Waffenexport. Von ihnen einen wirklichen Widerstand gegen die imperialistische Kriegspolitik zu erwarten, wäre ein gefährlicher Irrtum.

Als am vergangenen Samstag auf der großen Antikriegstagsveranstaltung in Dortmund der DGB-Boß Vetter vor die dort versammelten 16000 jungen Gewerkschafter hinttrat, als er zur „Hitler-gleich-Stalin“-Hetze anhub, als er die Bedrohung durch Strauß herunterspielte, da gingen seine Worte in einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert unter. Die jungen Gewerkschafter von Dortmund — sie haben wirklich aus der Geschichte gelernt.

Weißbuch der Bundesregierung enthüllt:

Atomare Rüstungspläne

Bundesrepublik — Schlachtfeld des Atomkriegs?

Vor kurzem wurde der Inhalt des neuen Verteidigungsweißbuchs der Bundesregierung bekannt. Wesentlichster Punkt dabei ist das offene Verlangen nach Atomwaffen. Unter dem Schlagwort „Nachrüstung“ wird ein Plan zur allseitigen Aufrüstung der Bundeswehr vorgelegt.

Während in Gedenkstunden zum 40. Jahrestag des Kriegsbeginns allgemein Friedenswille geheuchelt wird, zeigt sich die Wirklichkeit in einem anderen Licht.

Obwohl die Bundesrepublik laut Genfer Konvention keine Atomwaffen besitzen darf, lagern schon heute mehr als 2000 Atomsprengköpfe in Arsenalen unseres Landes. Gewartet und bewacht werden sie auch von Soldaten der Bundeswehr.

Seit längerer Zeit fordern die USA eine offizielle Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, um ihren Plan, die Bundesrepublik zum vorgeschobenen Terrain eines atomaren Krieges zu machen, verwirklichen zu können. Dem schließt sich jetzt das neue Weißbuch an. Mit der allgemein bekannten, vom westlichen wie vom östlichen Militärblock seit Jahren vorgetragenen Behauptung, die andere Seite sei übermächtig, wird an mindestens einem halben Dutzend Stellen dieser Schrift die Verstärkung der nuklearen Ausrüstung gefordert. Die Voraussetzung für eine Nutzung atomarer Waffen wird auch mit dem größten konventionellen Rüstungsprogramm der Geschichte der Bundesrepublik geschaffen:

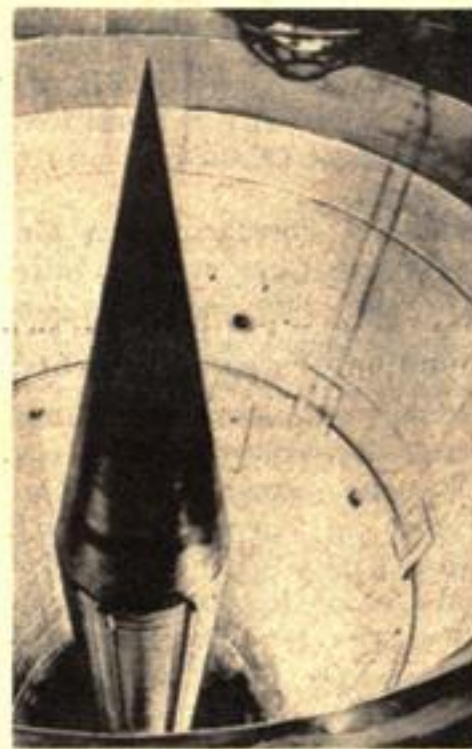
- Es werden Flugzeuge und Schiffe angeschafft, mit Raketen bestückt, die man nur noch auszuwechseln braucht, um eine atomare Streitmacht zu haben;
- 500 neue Flugzeuge, darunter mehr als 300 „Tornados“, Mehrzweckbomber, reine Angriffswaffen, sollen angeschafft werden;
- sechs Fregatten und zehn Raketenschnellboote stehen im Aufrüstungsprogramm der Ma-

nne;

• 5500 neue Kampfpanzer, von denen die ersten 1800 „Leopard 2“ ab Herbst in Dienst genommen werden, runden das Arsenal der Angriffswaffen ab.

Und auch die politische Tonart in Bonn ändert sich. Nicht nur, daß vom möglichen Ölkrieg gesprochen wird: CDU-Wehrexperten verlangen eine Verlängerung der Dienstzeit für Wehrpflichtige, die Stimmen, die eine deutsche Eingreiftruppe verlangen, mehrern sich, Antragstellern auf Kriegsdienstverweigerung werden immer größere Schwierigkeiten gemacht.

Der Ton in der Bundeswehr selbst wird dem Kurs angepaßt. Die südwestdeutsche antimilitaristische Soldatenzeitung „Panzerfaust“ zitiert in ihrer Nummer 2/79 den Bundeswehrmajor Henke, der in Zweibrücken vor Gefreiten sagte: „Sie werden nicht ausgebildet, um den nächsten Krieg zu verhindern, sondern um ihn zu gewinnen!“



Atomraketen der Sowjetunion, der USA

Deutlichster Beweis für die verstärkte Aufrüstung ist die Tatsache, daß der offizielle Rüstungshaushalt, in dem die Militärforschung und die Zuwendungen an Rüstungsbetriebe nicht enthalten sind, zum ersten Mal die Grenze von 40 Milliarden Mark überschreitet! Zu diesem Kurs gehört auch der NATO-Beschluß, in diesem Herbst die bisher größten Luftmanöver in der Bundesrepublik abzuhalten, nachdem die Tiefflugübungen in den letzten Wochen schon zu einer direkten Bedrohung für die Bevölkerung geworden sind.

In ihrem Aktionsprogramm fordert unsere Partei: Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden! Einstellung des Baus aller Angriffswaffen, Verschrottung der vorhandenen!

Dieses Verlangen, das alle friedliebenden Menschen haben, wird gerade in den Gebieten der kommenden Manöver bei den Aktionen der Partei auf Widerhall stoßen.

SAVAK-Gegner ausgewiesen

Aus einem offenen Brief von Mitgliedern des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt, der Asten der Universität Gießen und anderer Institutionen geht hervor, daß die westdeutschen Behörden Anfang August fünf Iraner wegen angeblicher Teilnahme an sogenannten „Revolutionstribunalen“ gegen ehemalige SAVAK-Agenten ausgewiesen haben. Weiterhin nehmen die westdeutschen Behörden die Denunzianten des SAVAK in Schutz, während sie persische Patrioten wie Kriminelle behandeln. Obwohl die fünf Iraner am 12. August einen Prozeß im Zusammenhang mit der Tätigkeit der „Revolutionstribunale“ haben sollten, wurden sie ohne Gerichtsverhandlung vor dem Termin des Landes verwiesen.

„Hamburger Morgenpost“ wird eingestellt

Wie die Verlagsleitung der letzten SPD-eigenen Zeitung mitteilte, soll die Tageszeitung „Hamburger Morgenpost“ im Frühjahr 1980 eingestellt werden. Der Sozialplan für die 341 Mitarbeiter sei bereits fertig. Der SPD-Parteivorstand begründet die Vernichtung von 341 Arbeitsplätzen mit „erheblichen Verlusten“. Genau wie jedem anderen Kapitalisten geht es den SPD-Führern ausschließlich um die Rentabilität ihrer Unternehmen. Werfen sie keinen Profit mehr ab, fliegen die Kollegen auf die Straße. Daran sollte man denken, wenn die SPD mit Parolen wie „Vollbeschäftigung“ in die nächsten Wahlkämpfe zieht. Vor dem Schließungsbeschluß hatte die SPD ihre Zeitung noch dem Pressezar und Strauß-Spezialist Springer angeboten.

Flottenmanöver Chile/USA

Unter dem Namen „Operation Unitas“ haben Flottenverbände der USA-Imperialisten und der chilenischen Faschistenjunta ein gemeinsames Seemanöver vor der chilenischen Küste begonnen. Wie es heißt, haben die Übungen das Ziel, die Verteidigung der Seewege im südlichen Pazifik zu garantieren. Dieses Manöver ist eine Reaktion der USA auf den revolutionären Sturz ihrer Marionette Somoza. Es soll das Volk von Nicaragua von weiteren revolutionären Aktionen abhalten und den noch nicht gestürzten mittelamerikanischen Generälen den Rücken stärken.

Neuer Zwischenfall in Harrisburg

Im Atomkraftwerk „Three Mile Island“ bei Harrisburg in Pennsylvania (USA), das im Frühjahr dieses Jahres von dem schwersten Unfall in der Geschichte der Atomkraftwerke in den USA heimgesucht wurde, ist Schauplatz eines weiteren schweren Zwischenfalls geworden. Während Reparaturarbeiten an einem schadhaften Ventil wurden sechs Arbeiter drei Minuten lang einer hohen Strahlendosis ausgesetzt und schwer radioaktiv verseucht. Die Atomkraftwerksbetreiber, die im Frühjahr das Leben unzähliger Menschen aufs Spiel gesetzt hatten, können den seit März abgeschalteten Reaktor nicht schnell genug wieder in Betrieb nehmen. Daß dabei weitere schwere Unfälle passieren, ist unvermeidlich.

Zweite Reise in einem Monat

Genscher verstärkt Nahostdiplomatie

Mit einem diplomatischen Eklat begann die Nahostreise Genschers in Syrien. Nachdem der syrische Außenminister Khaddam die Positionen seiner Regierung über den ägyptisch-israelischen Vertrag vorgebracht hatte, antwortete der westdeutsche Außenminister mit offenem Widerspruch, pries die USA als Friedensstifter in Nahost und als Garanten der Freiheit in Europa.

Diese Vorgehensweise unterstreicht noch einmal, wie massiv die gegenwärtige Nahostdiplomatie der Bonner Regierung darauf abgezielt ist,

eigene Interessen in Nahost durchzusetzen. Innerhalb eines einzigen Monats war Genscher zweimal in Syrien, besuchte auch Jordanien, den Irak und Ägypten. Neben den Aufregungen um die Nahostreise des Bundestagsabgeordneten Moellemann wurde die Tatsache, daß der frühere Außenminister Schröder im selben Zeitraum drei Delegationen nach Nahost anführte, fast übersehen.

Alle diese Delegationen, am stärksten die von Genscher, wurden von den Herren der Monopole selbst begleitet. Genschers Reisegefährten wa-

ren nicht weniger als 30 Unternehmer und Manager, die zahlreiche Vorschläge für Wirtschaftsabkommen mit sich trugen. Diese Reisetätigkeit geschieht in Konkurrenz zur französischen und englischen Diplomatie, die ebenfalls in den vergangenen Wochen massive Anstrengungen in Nahost unternahm.

Die politische Basis dafür ist die gemeinsame EG-Richtlinie, in der die westeuropäischen Staaten sich als Vermittler zwischen Israel und den arabischen Staaten anbieten. Ihr Ziel ist es dabei, die Einheit des arabischen Lagers weiter zu zersetzen, Beziehungen zu einzelnen Staaten aufzunehmen, so wie es die USA mit Ägypten vorgemacht haben, um so dort Schritt für Schritt den eingebrochenen Einfluß der westlichen Imperialisten wiederherzustellen.

Milliardengewinne der Monopole

Eine ganze Reihe großer Monopole in der Bundesrepublik hat inzwischen ihre Halbjahresbilanz 1979 veröffentlicht. Auch wenn man weiß, daß diese Zahlen so gehalten werden, daß sie möglichst kein Aufsehen erregen, so zeigt sich doch, allein im Vergleich zum — bereits als sehr gut bezeichneten — ersten Halbjahr 1978, daß überall die Umsätze und die Profite stark gestiegen sind, während Belegschaften entweder abgebaut wurden oder gleichblieben.

Am meisten verdient haben, wenig überraschend, alle Monopole, die am Ölgeschäft beteiligt sind. 800 Millionen Mark verdiente der größte westdeutsche Energiekonzern, die VEB AG in sechs Monaten, wobei die Belegschaftszahl um rund 1300 vermindert wurde. Aber auch die westdeutschen Chemiemonopole strichen riesige Profite ein: der größte Chemiekonzern der Welt, die Hoechst AG, erreichte bei einem Umsatz von über 13 Mil-

liarden Mark in sechs Monaten 785 Millionen Mark Profit. Die Belegschaftszahl ist die einzige Zahl, die gesunken ist: um rund 1000.

Noch eine ganze Reihe weiterer Konzerne erzielte Gewinne über eine halbe Milliarde Mark, darunter auch BASF, die ihren Gewinn nach eigener Aussage deshalb besonders steigern konnte (über 50 Prozent) weil sie eigene Ölbeteiligungen hat.

Aus dem Inhalt

DKP-Führer und Nachschlagsbewegung	4	Spanien	7
Die Gründung der Bergarbeitergewerkschaft	5	Thalliumvergiftung: Farthmann in Lengerich	8
Zum 250. Geburtstag Goethes	6	Roter Antikriegstag 1979 ..	9
Bericht vom III. Internationalen Jugendlager in	11	Albanien: Der Kampf um die Baumwolle	10
		Brasilien: Die Isolation der Diktatur wächst	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Die „neue Sozialpolitik“ des Franz Josef Strauß

In den nächsten Wochen wird Strauß zum ersten Mal in seiner neuen Rolle als Kanzlerkandidat der Unionsparteien in den Wahlkampf ziehen. Geplant sind bislang vier Auftritte im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen. Und für diese Auftritte hat sich Strauß ausschließlich Großstädte des Ruhrgebiets wie Dortmund und Essen ausgesucht.

Man kann heute schon davon ausgehen, daß der Kandidat in der ihm eigenen Weise unter Stichworten wie Steuerschraube oder Arbeitslosigkeit die Politik der Bundesregierung angreifen wird. Unweigerlich stellt sich dann die Frage nach dem sozialpolitischen Programm des CSU-Chefs. Konkret: Was hätten denn die Werktätigen von einem Kanzler Strauß zu erwarten?

Aus gutem Grund hat der Kandidat eine solche Frage bislang nicht klar beantwortet. Und es ist mehr als zweifelhaft, ob er es in Zukunft tun wird. Aber immerhin gibt ein Artikel, den er in der letzten Ausgabe der „Wirtschaftswoche“ veröffentlichte — trotz aller Verschwommenheit in der Aussage — ein allgemeines Bild dessen, was Strauß als eine „neue Sozialpolitik“ unter seinem Regime durchzusetzen gedenkt.

In einem Interview, das er in der gleichen Zeitschrift gab, beklagte er sich über die Maßnahmen der Bonner Koalition, die seit Mitte der 70er Jahre in 44 Fällen zum Abbau oder gar zur vollständigen Aufhebung von Sozialleistungen geführt hat.

Aber ist Strauß nun angetreten, den sozialen Besitzstand der Werktätigen zu verteidigen oder sogar zu erweitern? Im Gegenteil, er stellt zunächst einmal fest, daß der „Sozialstaat“ an seine Grenzen gelangt sei. Und der Regierung setzt er entgegen: „Die Sozialpolitik kann und darf in einer freiheitlichen Ordnung niemals mißbraucht werden als Planier- raupen, die im Dienst eines lebensfremden Gerechtigkeits-Scheinmoralismus und einer utopischen Gleichheitsideologie

alle vorhandenen sozialen Defizite, Ungleichheiten und Unebenheiten — auch die durch eigenes Unvermögen, Versagen oder mangelnden Leistungswillen hervorgerufenen — einebnen soll. Die Sozialpolitik kann und darf keine Gießkanne sein, die über alle, ob sie es nun notwendig haben oder nicht, gleichmäßig ihre Leistungen ausgießt.“

In ein verständliches Deutsch gebracht bedeutet das: 1. Für den Kanzlerkandidaten Strauß sind die drängenden sozialen Probleme von Millionen Werktätigen — Massenarbeitslosigkeit, Ruin der kleinen Bauern, Rentenabbau usw. — nur Unebenheiten im Gefüge der „sozialen Marktwirtschaft“. 2. Die Betroffenen haben als Dummköpfe, Versager oder Faulenzer an ihrem Schicksal selber Schuld. 3. Deshalb haben sie auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Strauß kritisiert also in Wirklichkeit die Bonner Regierung nicht deswegen, weil sie zunehmend soziale Leistungen abbaut. Nein, er tut so, als gäbe es in unserem Land tatsächlich einen Sozialstaat, als wären hierzulande alle gleich und könnten sich alle gleichermaßen des Segens staatlicher Leistungen erfreuen. Ein wahrer Hohn angesichts der Wirklichkeit dieses Landes, in dem — um nur eine Tatsache zu nennen — wie selbst CDU-Sozialexperten feststellten, sechs Millionen Menschen ihr Leben mit Einkommen unter dem Sozialhilfesatz fristen müssen. Aber Strauß paßt eben selbst dieses klägliche Gebilde, das sich „Sozialstaat“ nennt, nicht in den Kram. Er verkündet die „Grenzen des Sozialstaates“ und fordert: Schluß mit den sozialen Leistungen.

Wie er sich das vorstellt,

erheilt aus den wenigen Punkten, in denen der Kanzlerkandidat die Ebene der allgemeinen Hetze gegen das „Sozialklimbim“ verläßt und deutlicher wird. Das sind etwa seine Forderungen für die Arbeitslosen: „Die gesetzlichen Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld zu verschärfen und im Vollzug auch wirklich durchzusetzen mit dem Ziel, eine größere Beweglichkeit der Arbeitslosen zu erreichen.“ Auf diesem Feld hat der Arbeitsminister Ehrenberg ja schon einiges erreicht, etwa mit der Verabschiedung der berüchtigten Zumutbarkeitsbestimmungen, die den Arbeitslosen rechtlos machen, ihn zwingen, jede Arbeit — zu welchem Lohn, zu welchen Bedingungen auch immer — anzunehmen. Strauß ist auch das noch nicht genug. Er will die entsprechenden Gesetze noch weiter verschärfen und überdies dafür sorgen, daß sie gefälligst auch mit der nötigen Schärfe gegen die Arbeitslosen eingesetzt werden.

Und ähnlich äußert sich Strauß in seinem Artikel auch zum Gesundheitswesen: „Wekken und Stärken des Bewußtseins, daß jeder für die Erhaltung seiner Gesundheit mitverantwortlich ist, daß Raubbau mit der Gesundheit Privatrisko ist, daß daher nicht alle Leistungen der Solidargemeinschaft aufgenötigt werden können.“ Also nicht nur die Faulenzer und Versager — auch die Kranken sind an ihrer Lage selbst schuld. Der Arbeiter, der sich in der Fabrik aufgerieben hat, der im ständigen Umgang mit giftigen Werkstoffen seine Gesundheit unwiederbringlich ruiniert hat — er hat eben sträflichen Raubbau betrieben. Und das ist ja schließlich sein

Privatrisko. Und wo kämen wir hin — sagt ihm der Kanzlerkandidat — wenn dieser Arbeiter auch noch Ansprüche auf Leistungen stellen würde.

Nur sehr verschwommen äußert sich Strauß zur Frage der Steuern, die ja in der letzten Zeit immer mehr in der Mittelpunkt der demagogischen Propaganda der Unionsparteien gerückt ist. CDU- und CSU-Leute gefallen sich darin, in anklagendem Ton vorzurechnen, daß den Werktätigen von jeder verdienten Mark nur noch gut die Hälfte als reales Einkommen bliebe. Die Arbeiter und kleinen Angestellten spüren diese Tatsache tagtäglich an ihrem Geldbeutel. Und ihre Forderungen gehen entsprechend auf eine drastische Senkung der Lohnsteuer. Aber nimmt Strauß nun etwa eine solche berechnete Forderung auf? Er denkt gar nicht daran. Alles, was er in seinem Artikel zum Steuerproblem zu sagen hat, ist das Versprechen auf „allgemeine Steuererleichterungen zur Verbesserung des Investitionsklimas“. Wenn aber der CSU-Chef für solche Erleichterungen mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das „Investitionsklima“ eintritt, dann liegt doch die Vermutung nahe, daß von ihnen ausschließlich die Unternehmer profitieren sollen.

Strauß, der so oft und so gerne die riesige Staatsverschuldung beklagt, denkt also gar nicht daran, die gewaltigen Steuergeschenke für die Konzerne zu beschneiden — im Gegenteil, er will noch weitere „Erleichterungen“. Und auch bei den Rüstungsausgaben, die heute schon ein Drittel des Staatshaushalts ausmachen, will der Kanzlerkandidat keineswegs den Rotstift ansetzen. In dem erwähnten Interview mit der „Wirtschaftswoche“ erklärte er: „Ich würde auf jeden Fall für eine gleichmäßige Bewaffnung der NATO in Europa gegenüber der Sowjetunion eintreten, also auch für eine zügige Nachrüstung auf dem Gebiet der Raketenwaffen größerer Reichweite oder (...) auf dem Gebiet der Panzerwaffe“.

Noch mehr Steuergeschenke für die Konzerne, noch mehr Hochrüstung — und wer soll das bezahlen? Der CSU-Chef hat es klar zu erkennen gegeben: Wir, die Werktätigen, sollen zur Kasse gebeten werden, unter anderem durch einen noch rigoroseren Abbau von Sozialleistungen. Den Armen nehmen — den Reichen geben, das ist die „neue Sozialpolitik“ des Kanzlerkandidaten Strauß. Blicke noch eins zu erwähnen: In seinem Interview erklärt der CSU-Chef auf die Frage nach seinen wichtigsten Gesprächspartnern: „Schon seit längerer Zeit kann ich mich eines größeren Beraterkreises erfreuen, der sich nicht nur durch Sachkenntnis, sondern auch durch Anonymität auszeichnet. (...) Im Lauf der Zeit haben dazugehört Männer wie Hermann Josef Abs, Wolff von Amerongen, Hans-Günter Sohl, Rolf Rodenstock, Eberhard von Brauchitsch, Tacke, dann Bernhard Plettner und viele andere.“ Und das sind die Bosse der Kapitalistenverbände und der größten Monopole der Bundesrepublik wie Siemens, Deutsche Bank oder Flick. Sie sind allerdings nicht die „Berater“, sondern die Auftraggeber des Kanzlerkandidaten. In ihrem Interesse betreibt er ausschließlich seine Politik, die, ungeachtet aller demagogischen Phrasen, die Strauß jetzt im Wahlkampf sicher aufstischen wird, gegen uns, die Werktätigen, gerichtet ist.

Strauß contra Rote Garde



Presseerklärung

Am 22. August 1979 wurde der Rote Garde (Jugendorganisation der KPD/ML) durch Beschluß des Landgerichtes Nürnberg-Fürth verboten, folgende Aussagen weiterhin zu machen:

1. Stoppt Strauß! Verhindert ein neues '33!
2. Franz Josef Strauß sei der Hitler von heute;
3. Stoppt Strauß, oder wollen wir warten, bis wir uns früher oder später wiederfinden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen, deutsche und ausländische Arbeiter in den neuen KZs?
4. Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg!
5. Der Antragsteller habe gesagt: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen.“ (Zitiert aus dem Beschluß des Landgerichtes Nürnberg-Fürth, Aktenzeichen 10 O 4288/79).

Bei Zuwiderhandlung wird ein Ordnungsgeld bis 500 000 Mark angedroht.

Franz Josef Strauß, einer der zweifelhaftesten Politiker in unserem Land, dessen politische Karriere mit Skandalen und Komplotten übersät ist, der in unzähligen Fällen seine politischen Gegner beleidigt und diffamiert hat, stellte diesen Antrag. Und das Landgericht Nürnberg-Fürth stimmte dem Antrag in einem Eilverfahren — ohne mündliche

Verhandlung — zu. Unseres Wissens ist es das erste Mal, daß in dieser massiven Art und Weise gegen die politische Meinungsäußerung einer kommunistischen Jugendorganisation vorgegangen wird.

Franz Josef Strauß hat schon in vielen Fällen versucht, auf dem Gerichtsweg Zeitungen, Verlegern, Schriftstellern und Künstlern bestimmte Aussagen zu verbieten. Im letzten Verfahren vor der 3. Zivilkammer des Landgerichtes Frankfurt gegen die Gewerkschaftszeitung „Metall“ wurde der Antrag von Franz Josef Strauß abgewiesen. Doch in all diesen Fällen ging es um bestimmte Tatsachen, Zitate usw., die nach Meinung von Franz Josef Strauß falsch wiedergegeben wurden. Im jetzigen Fall wurde vom Landgericht Nürnberg-Fürth die politische Meinungsäußerung einer Organisation zur Politik des CSU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß verboten!

Dieser Beschluß läßt ahnen, wie Franz Josef Strauß mit seinen politischen Gegnern umspringen wird, wenn er es tatsächlich schaffen sollte, an die Macht zu kommen. Doch dieser Kampf ist noch lange nicht entschieden!

Sekretariat des Zentralkomitees der Roten Garde

Juristische Schritte der Roten Garde

Der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Roten Garde, Genosse Reinhard Haneld, hat beim Landgericht Nürnberg-Fürth eine mündliche Verhandlung über den Strauß'schen Antrag auf eine einstweilige Verfügung beantragt. Ferner verlangte er die Aussetzung der gegen die Rote Garde erlassenen

einseitigen Verfügung bis zur mündlichen Verhandlung. In einem zweiten Antrag verlangt Genosse Reinhard, daß Franz Josef Strauß Klage zur Hauptsache erhebt, was den CSU-Chef zwingen würde, zu beweisen, warum die Rote Garde mit ihren Äußerungen seine Ehre verletzt.

Die bequeme Tour:

Den „Roter Rebell“ jeden Monat mit der Post pünktlich ins Haus.

Nur DM 13,— pro Jahr

Die billige Tour:

Das Mehrfachabo, zwei, drei oder noch mehr „Roter Rebellen“ für Bruder, Schwester, Freund und Freundin, Opa oder Oma, dann wird's ganz billig:

Doppelabo DM 22,—

Dreifachabo DM 33,—

Vierfachabo DM 44,—

Fünffachabo DM 55,—/Jahr

Liebe Leser!

Das Sekretariat des Zentralkomitees der Roten Garde hat dem Jugendverband die Aufgabe gestellt, bis zum 30. September die gesamte Auflage des von Strauß zensierten „Roter Rebell“ unter die Leute zu bringen. Wir möchten auch auffordern, die Aktivitäten der Roten Garde beim Verkauf der gesamten Auflage nach Kräften zu unterstützen. Wer den „Roter Rebell“ noch nicht abonniert hat, kann das nachholen; wer noch ein ungenutztes Käuferpotential im Bekannten- und Verwandtenkreis hat, dem sind auch da keine Grenzen gesetzt.

Redaktion „Roter Morgen“

Betriebsvereinbarung der Daimler-Bosse mit dem Betriebsrat steht bevor

Das Computersystem ISA muß weg!

Nachdem der Daimler-Betriebsrat sich über ein Mitbestimmungsmodell für das berühmte „Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzplanung“ (ISA) geeinigt hat, soll jetzt durch eine Betriebsvereinbarung diesem Antreibersystem grünes Licht gegeben werden.

Gegen dieses System hat es von Anfang an starken Widerstand gegeben. Mit Recht, denn ISA bedeutet, daß alle Daten der Arbeitskräfte sowie der Arbeitsplätze in einem Computer gespeichert werden. Damit ist nicht nur der politischen Überwachung Tor und Tür geöffnet. Dadurch ist den Daimler-Bossen die Möglichkeit an die Hand gegeben, den Rationalisierungsterror bis zur Vollkommenheit zu verfeinern. Der Computer diktiert, wo welcher Kollege zu welchen Bedingungen eingesetzt wird. Ein unmenschliches System, das das Letzte aus den Arbeitern herausholt.

Erst durch den großen Widerstand der Kollegen sah sich der Betriebsrat gezwungen, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. 9000 Kollegen gaben ihre Unterschrift unter eine Erklärung, die den Daimler-Bossen zunächst einmal untersagte, von ihren persönlichen Daten Gebrauch zu machen. Das dokumentierte eindrucks-



Der Computer weist den Arbeitern den Arbeitsplatz zu, an dem die Bosse den größten Profit aus ihm pressen können. Das ISA-System perfektioniert den Rationalisierungsterror.

voll, was die Daimler-Arbeiter von ISA halten.

Doch schon mit dieser Erklärung versuchte der Betriebsrat, die Kollegen für eine Betriebsvereinbarung zu gewinnen, die letztlich doch auf die Einführung von ISA hinausläuft. Ihre Forderung, die sie jetzt an die Daimler-Bosse richteten: ISA ja, aber nur bei Mitbestimmung. Einem „Mißbrauch“ der in den Com-

puter gefütterten Daten wollen sie jetzt durch einen „Datenschutzbeauftragten“ begegnen. Darauf einigte sich jetzt der Betriebsrat. Und damit droht die von den Daimler-Bossen so erhoffte Zustimmung des Betriebsrats zur Einführung von ISA Wirklichkeit zu werden.

Die Mitbestimmung des Betriebsrats kann an den unmenschlichen Auswirkungen des ISA-Systems nichts ändern. Zu was denn soll ISA gut sein, wenn nicht, um die Rationalisierung zu perfektionieren? Was für einen Grund kann es überhaupt für einen Betriebsrat geben, die Zustimmung zu diesem Auspressungssystem zu geben?

Vom Standpunkt der Kollegen aus gibt es nur eine Forderung: Das „Informationssystem“ ISA muß weg, egal ob mit oder ohne Mitbestimmung! Der drohenden Einigung von Betriebsrat und Unternehmensleitung, ISA noch in diesem Jahr in allen Werken einzuführen, können nur noch die Daimler-Kollegen selber einen Strich durch die Rechnung machen.

750 Mark Teuerungszulage beim Süddeutschen Verlag

München. — Die Beschäftigten beim Süddeutschen Verlag erhalten eine Teuerungszulage. Sie beläuft sich auf 20 Prozent des vereinbarten Monatslohnes, mindestens aber auf 750 Mark, und wird in Form einer einmaligen Sonderzahlung gewährt. Die Belegschaft des Verlages hatte schon vor längerer Zeit auf einer Betriebsversammlung die Forderung nach 1000 Mark Sonderzahlung aufgestellt.

Der Vorstand des Ortsvereins Düsseldorf der IG Druck und Papier fordert in einem Rundschreiben einen Teuerungsausgleich von 50 Pfennig. In dem Schreiben wird verlangt, daß die Tarifkommission zusammentreten soll.

In einer einstimmig angenommenen Resolution forderten die Vertrauensleute der IGM bei der Bürger Hütte in Herborn die Bezirksleitung und die Tarifkommission der IG Metall auf, einen Nachschlag durchzusetzen.

DKP-Führer und Nachschlagsbewegung

Kniefall vor Loderer und Vetter

„Friedenspflicht nicht einfach ignorieren“

Die DKP-Führung bemüht sich, als konsequente Verfechterin der Interessen der Arbeiterklasse zu erscheinen. So tritt sie beispielsweise in Worten lautstark für die Forderung nach einem Nachschlag ein. In Wahrheit aber hilft die DKP-Führung den DGB-Bonzen beim Abwürgen der Kämpfe der Arbeiterschaft. Auch in der Nachschlagsbewegung ist das nicht anders.

Das beweist unter anderem eine Stellungnahme des führenden DKP-Funktionärs Heinz Schäfer in der unter DKP-Regie erscheinenden gewerkschaftlichen Monatszeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Wir zitieren aus einem Beitrag Schäfers in der Ausgabe 7/79, Seite 5:

„Auf der 10. Frauenkonferenz der IG Metall kam es im Zusammenhang mit dem Wunsch, einen Nachschlag anzuviesieren, zu einer interessanten Diskussion. Es war dabei unbestritten, daß gegenwärtig die Preise weitaus schneller steigen, als dies den gewerkschaftlichen Vorstellungen bei den letzten Tarifabschlüssen entsprach. Dadurch wurde diesen tatsächlich die ‚Geschäftsgrundlage‘ entzogen. Das bedeutet nun keineswegs, daß dadurch die abgeschlossenen Tarifverträge nicht mehr existieren und von den Gewerkschaften einfach übersehen werden könnten. Insofern ist auch dem Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, zuzustimmen, der in seinem Schlusswort in Augsburg sagte: ‚Wir haben festgeschriebene Laufzeiten, an denen wir nicht in der Weise rütteln können, wie wir wollen.‘ Und in der Tat — niemand, der es mit den Gewerkschaften gut meint, könnte diesen empfehlen, die Laufzeiten von Tarifverträgen und die damit verbundene sogenannte Friedenspflicht einfach zu ignorieren.“

Mit dem Argument der „Vertragstreue“ und der „Friedenspflicht“ wollen die DGB-Bonzen die Nachschlagsbewegung abwürgen. Und die DKP-Führer — anstatt diesen Verrat anzuprangern — pflichten ihnen auch noch bei!

Die Anerkennung der „Friedenspflicht“ bedeutet, daß man die Einschränkung und Verstümmelung des Streikrechts unterstützt. Den Gewerkschaften zu empfehlen, die Friedenspflicht einzuhalten, obwohl die Kapitalisten einen massiven

Angriff auf die Reallöhne, auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse begonnen haben, heißt faktisch, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten zu unterstützen.

Darüber hinaus aber fällt eine solche Haltung dem Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte, dem Kampf gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus in der Bundesrepublik in den Rücken. Gerade heute ist es doch notwendiger denn je, jedwede Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte kompromißlos abzulehnen und für ein uneingeschränktes Streikrecht zu kämpfen.

Wer stattdessen die reaktionären Antistreibgesetze und -verordnungen akzeptiert und die Gewerkschaften davon abhalten will, sie zu durchbrechen, wer also den Gewerkschaften verbieten will, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten im unversöhnlichen Kampf Klasse gegen Klasse zu verteidigen, der schwächt die Gewerkschaften und damit die antifaschistischen, fortschrittlichen Kräfte überhaupt.

Streik für Nachschlag im Rotterdamer Hafen

Seit mehreren Tagen standen die 500 Besatzungsmitglieder der Schlepper im Rotterdamer Hafen im Streik für einen Nachschlag von 50 Gulden netto pro Mann und Woche.

Nachdem sich der niederländische Gewerkschaftsverband FNV von dieser Forderung distanziert hatte und trotz der rasanten Inflation auf seine Treue zum Tarifvertrag pochte, klagte der größte der Reeder, die Smit IH auf Schadensersatz und sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Die Rotterdamer Richter ermittelten am 26. August, daß die Arbeiter keinen höheren Lohn brauchten und verurteilten die 16 namentlich Angeklagten zur Buße von 500

Um sich Vertrauen und Einfluß in der Arbeiterbewegung zu erschleichen, machen die DKP-Führer sich zwar in Worten für betriebliche Nachschlagsforderungen stark. Gleichzeitig aber unterstützen sie die Sabotage der DGB-Bonzen an einem machtvollen gewerkschaftlich organisierten Kampf für einen Nachschlag. Sie rechtfertigen praktisch die Weigerung der DGB-Führung, die Tarifverträge vorfristig zu kündigen, um einen echten Teuerungsausgleich zu erzwingen und damit den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Wie kommt die DKP zu einer solchen arbeiterfeindlichen Politik? Diese Politik ist eine Konsequenz daraus, daß die DKP-Führer gemeinsam mit den DGB-Bonzen den revolutionären Klassenkampf sabotieren. Sie wollen die Gewerkschaften auf dem Kurs des Reformismus und der Klassenzusammenarbeit halten. Sie sind trotz ihrer scheinbar kritischen und radikalen Haltung Komplizen und Handlanger der reaktionären Bonzen in der DGB-Führung.

Gulden für jede Schicht, die sie weiter streiken würden.

Die Antwort der Arbeiter war eindeutig: Am 27. August beschlossen sie, den Streik auf unbestimmte Zeit weiterzuführen. Am selben Tag, als das Gerichtsurteil bekannt wurde, traten mehrere hundert Arbeiter aus anderen Bereichen des Hafens ebenfalls in den Streik.

Das selbständig gebildete Aktionskomitee der Streikenden teilte mit, daß die 50 Gulden Forderung nach wie vor besteht, und daß man sich nicht an den Tarifvertrag halten werde, dessen Abschluß nur durch Manipulation der Gewerkschaftsspitze zustande gekommen sei.

Eine Betriebsrats-Karriere

Erst vor wenigen Jahren war Helmut Wolf Betriebsratsvorsitzender des Dortmunder Hoesch-Werkes Westfalenhütte geworden. Die Verdienste, die er sich in dieser Funktion erwarb, müssen so überwältigend gewesen sein, daß er jetzt dafür eine Belohnung erhielt: Er wurde geradewegs vom Betriebsratsvorsitzenden zum Chef des Werkschutzes aller drei Dortmunder Hoesch-Betriebe „befördert“.

Diese Beförderung sprach natürlich nicht die Hoesch-Arbeiter, sondern die Hoesch-Kapitalisten aus. Und in der Tat: Unermüdlich hat sich Helmut Wolf für die Interessen der Hoesch-Konzernherren eingesetzt, so zum Beispiel als er in aller Heimlichkeit mit dem Hoesch-Vorstand Abmachungen über die Richtbelegschaften traf, ohne die Belegschaft zu informieren, geschweige denn, vorher zu hören.

Schon immer war es seine Maxime gewesen, vertrauensvoll mit den Kapitalisten zusammenzuarbeiten. Jetzt hat er sich dadurch in eine Stellung „hochgedient“, in der er sich getrost zur Unternehmenseite zählen darf. Was für eine Krönung seines Lebensweges!

Für die Hoesch-Kollegen sieht die Sache allerdings anders aus. Wieder einmal müssen sie erleben, wie sich ein sogenannter Arbeitnehmervertreter aus der Verantwortung ihnen gegenüber stiehlt und auf einen noch höher dotierten Posten des Unternehmers verschwindet. Wieder einmal wird klar, daß eine von den Kapitalisten bestochene Arbeiteraristokratie den Arbeitern im Nacken sitzt, die sich als „Arbeitnehmervertreter“ aufspielt und in Wirklichkeit die Arbeiterinteressen mit Füßen tritt.

MTM-System in Wolfsburg

36-Stunden-Woche bei VW?

Ab 1. September wird bei VW in Wolfsburg die „36-Stunden-Woche“ eingeführt, so konnte man letzte Woche in Rundfunkmeldungen hören. Wofür die Stahlkocher sechs Wochen lang vergeblich gestreikt haben, das wird den VW-Kollegen sozusagen „frei Haus“ geliefert?

In Wirklichkeit ist die Propaganda über die Einführung der 36-Stunden-Woche bei VW eine schmutzige Lüge, hinter der sich die Einführung von verschärfter Arbeitshetze verbirgt. Bei VW soll nämlich das berühmte MTM-System eingeführt werden. Dabei werden nach „wissenschaftlichen Methoden“ optimale Handgriffe für jeden Arbeitsplatz ausgeknobelt. Durch das MTM-System wird die Belastung für die Kollegen dermaßen groß, daß aus arbeitsmedizinischen Gründen eine fünfminütige Pause pro Stunde notwendig

wird, weil der Kollege sonst schlicht und einfach nicht mehr die optimale Leistung bringen kann.

Rechnet man diese fünf Minuten auf die Woche hoch, so kommt man rein rechnerisch zur „36-Stunden-Woche“ bei VW. Klar, daß die Kapitalisten das als echte Arbeitszeitverkürzung verkaufen wollen. Ein schlechter Witz ist es allerdings, wenn auch der Betriebsratsvorsitzende von VW-Hannover, Mogwitz, ausführt: „Die effektive Arbeitszeit (...) für VW beträgt damit wöchentlich 36 Stunden.“

AEG-Kanis: Demonstration vor dem Konzernpalast



Rund 1800 Kollegen, davon 800 von der Gasturbinenfabrik AEG-Kanis in Essen, demonstrierten vor der Konzernzentrale in Frankfurt gegen die Stilllegungs- und Entlassungspläne von Cipa und Konsorten.

Frankfurt. — Rund 1800 Kollegen, davon 800 von AEG-Kanis in Essen, demonstrierten am Donnerstag vergangener Woche vor der Hauptverwaltung von AEG-Telefunken. Auch aus dem Nürnberger Kanis-Werk war eine Delegation gekommen. Mit Sprechchören wie „Hände weg von unseren Arbeitsplätzen“ bekundeten die Kollegen ihren Protest gegen die geplante Stilllegung des Gasturbinenwerkes in Essen. Die AEG-Kollegen hatten in Essen 32000 Unterschriften gegen die Stilllegung gesammelt. Diese wurden in Frankfurt dem Konzernvorstand übergeben.

Es wurde auch gerufen: „Gewerkschaftsmacht gegen Unternehmerrmacht“. Darin drückte sich die Forderung der Arbeiter an die Gewerkschaftsführung aus, endlich wirksame gewerkschaftliche Aktionen zur Durchkreuzung der Stilllegungspläne einzuleiten.



Hier fand der Delegiertentag der Bergarbeiter statt.

90 Jahre Bergarbeitergewerkschaft

Die Gründung der Bergarbeitergewerkschaft

Der Artikel wurde von Genossen der Betriebspartei auf der Zeche Blumenthal in Recklinghausen/Herten geschrieben.

Am 18. August 1889 wurde von 200 Delegierten aus 66 Zechen und 44 Knappenvereinen in Dorstfeld bei Dortmund die Bergarbeitergewerkschaft gegründet. Aus Anlaß der 90. Wiederkehr dieses historischen Datums werden wir uns in dieser und den folgenden Nummern mit der Geschichte der Bergarbeitergewerkschaft beschäftigen. In dieser Ausgabe behandeln wir den großen Bergarbeiterstreik vom Mai 1889, der den Bergleuten, die damals noch vielfach in religiösen Knappenvereinen organisiert waren, die Notwendigkeit einer breiten gewerkschaftlichen Kampforganisation vor Augen führte. Was die heutige Gewerkschaftsführung aus diesen revolutionären Traditionen gemacht hat, wird Thema der folgenden Artikel sein.

Die Bergarbeitergewerkschaft wurde im Kampf geboren, im großen Streik vom Mai 1889. Schon Monate vorher hatte es im Ruhrgebiet gegärt. Der Bergbau hatte Hochkonjunktur. Die Zechenherren, die Haniels, Stinnes, Krupp holten aus den Kumpel raus, was nur rauszuholen war. Die Schichtdauer — früher einmal 8 Stunden — wurde auf 10, 12 Stunden verlängert, bei gleichem Lohn! Überschichten wurden erzwungen. Wer sich weigerte, bekam die Papiere. Besonders erbittert waren die Kumpel über die um sich greifende Praxis des „Wagennullens“. Wenn auf einem Wagen geförderter Kohle Gesteinsbrocken gefunden wurden (das war bei den schlechten Lichtverhältnissen unter Tage unvermeidlich), wurde der ganze Wagen „genullt“, d.h. nicht bezahlt. Die Bergleute hatten umsonst geschuftet, die Kohle aus diesen Wagen wurde natürlich verkauft.

Die revolutionäre Sozialdemokratie

Der Zündstoff für einen großen Arbeitskampf häufte sich an. Doch wer sollte ihn organisieren? Das Ruhrgebiet war stockkatholisch. Der Großteil der Bergleute war in Knappenvereinen unter der Fuchtel von Pfaffen organisiert. Politisch war es eine Hochburg der klerikalen Zentrumsparterie. Die revolutionäre Sozialdemokratie stellte eine zahlenmäßig völlig unbedeutende Minderheit dar. Aber: Diese kleine Gruppe erfahrener sozialdemokratischer Bergleute hatte sich in teilweise jahrzehntelanger, unermüdlicher Kleinarbeit wichtige Positionen erobert. Im Dortmunder Revier und in Essen führten sie einige freie, nicht religiös gebundene Knap-

penvereine an. Durch ihr konsequentes Eintreten für die Interessen der Bergarbeitergewerkschaft hatten sie sich Ansehen und Vertrauen nicht nur in ihren Belegschaften und bei den Mitgliedern ihrer Vereine, sondern im ganzen Ruhrgebiet, auch bei den christlichen Kollegen erworben.

Diese kleine Gruppe um Ludwig Schröder (Dortmund), August Siegel (Dorstfeld bei Dortmund), Daniel Eckard (Essen), Jakob Brodam (Gelsenkirchen) ergriff jetzt, im Winter 1889, die Initiative. Sonntag für Sonntag — nach sechs langen, harten Schichten unter Tage — waren sie unterwegs in den Bergarbeiterdörfern und Zechenkolonien zwischen Dortmund und Essen. Sie hielten Versammlungen ab, sprachen vor Knappenvereinen, agitierten für den 8-Stunden-Tag, für mehr Lohn, gegen die Drangsalierung durch die Zechenherren, erläuterten den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation, knüpften Kontakte, immer mißtrauischer beobachtet von den Spitzeln der Zechenverwaltungen und den Gendarmen der preußischen Polizei, denn noch war das Sozialistengesetz in Kraft!

Spontane Streiks in Essen und Bochum

In diese spannungsgeladene Atmosphäre platzte Ende April die Nachricht von spontanen Arbeitsniederlegungen auf der Zeche Präsident in Bochum, dann auf Friederich Ernestine in Essen. Die Zeitungen berichteten von „krawallartigen“ Auseinandersetzungen. Wie ein Lauffeuer geht die Nachricht durch das Revier. Der Kampf entbrennt mit elementarer Wucht. Belegschaft nach Belegschaft legt die Arbeit nieder. Streikversammlungen

werden abgehalten, teilweise auf freiem Feld oder in Wäldchen, um dem Zugriff der Kavalleriepatrouillen zu entgehen. Auf jeder Schichtanlage wird ein Streikkomitee gewählt, das den Grubenbesitzern seine Forderungen stellt. Es sind überall dieselben: 8-Stunden-Schicht, 15 Prozent mehr Lohn, Verbot der Zwangsüberschichten und des Wagennullens. Ein zentrales Streikkomitee für das gesamte Ruhrgebiet wird gebildet. Es besteht mehrheitlich aus sozialdemokratischen Bergleuten. Der Streik greift über auf das ganze Reich, auf die schlesischen Gruben, ins Saarrevier, nach Sachsen. Bis 1889 hatten die größten Streiks in Deutschland nie mehr als 20.000 Teilnehmer. Jetzt streiken 150.000 Bergleute, davon über 90.000 allein an der Ruhr.

Militär gegen Streikende

Die Kumpel besetzen die Zechenplätze, um Streikbrecher abzuwehren, Trupps von Streikenden — oft 1.000 Mann stark — ziehen zu den Zechen, wo noch vereinzelt gearbeitet wird; überall werden in den Städten täglich Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Das Ruhrgebiet ist in Aufruhr. Beim Regierungspräsidenten in Münster laufen die Telegrafendrähte heiß. Die Zechenbarone fordern Militär an. Und es kommt! Auf Graf Moltke bei Bottrop halten 500 Kumpel den Zechenplatz besetzt. Heranrückendes Militär wird mit einem Steinhagel empfangen. Der Offizier gibt den Schießbefehl. Drei Kumpel werden getötet. Bei einer Demonstration in der Bochumer Innenstadt werden zwei Menschen erschossen, ein Bergmann wird mit dem Bajonett erstochen. Auf Zeche Schleswig bei Dortmund treiben die Kumpel die

Grubenbeamten vom Zechenplatz. „Bis jetzt habt ihr kommandiert“, rufen sie, „aber jetzt kommandieren wir!“ Die Zechenherren rächen sich. Am nächsten Morgen müssen vier Kumpel unter den Kugeln der Soldaten ihr Leben lassen.

Die Streikführer Schröder, Bunte und Siegel werden von ihren Kameraden delegiert, nach Berlin zu fahren und dem Kaiser die Lage zu schildern; eine umstrittene Taktik. In Berlin treffen die drei auch Vertreter der Grubenbesitzer. Diese machen Zugeständnisse, ein Teil der Forderungen soll erfüllt werden. Eine große Delegiertenversammlung aller Streikenden findet in Bochum statt. Sie nimmt das Angebot unter Vorbehalt an. August Siegel schlägt auf der Versammlung die Gründung der Gewerkschaft vor: „Wir müssen, wenn wir jetzt Frieden schließen, eine stramme Organisation für ganz Deutschland machen.“ Der Antrag wird von den Delegierten angenommen.

Die Arbeit wird wieder aufgenommen, aber die Zechenherren halten ihre Versprechungen nicht. Eine Welle von Maßregelungen gegen die Streikführer setzt ein. Hunderte bekommen die Abkehr, oft noch mit den Worten: „Du kannst hingehen, wo du willst, du kriegst nirgends Arbeit mehr.“ Eine weitere Delegiertenversammlung beschließt den erneuten Streik. Aber unter dem Druck der Not (es gibt keine organisierte Streikunterstützung), den Massenhaftungen von Streikführern, der Drohung mit der totalen Aussperrung muß der Streik ein paar Tage später endgültig beendet werden.

Die Lehren des großen Streiks

„Der Streik ist verunglückt“, sagte der Gelsenkirchener Bergmann Ferdinand Dieckmann einige Wochen später auf dem Gründungskongreß der II. Internationale in Paris, „aber die Bergarbeiter sind nicht mehr dieselben wie früher. Die Zahl der Unzufriedenen ist beträchtlich gestiegen und sie haben sich mehr und mehr dem Sozialismus zugewendet. Sie haben sich endgültig dem Zielbewußtsein, für eine Emanzipation kämpfenden Proletariat angeschlossen.“

Kaum aus dem Gefängnis entlassen, gingen die Streikführer daran, ihren Plan in die Tat umzusetzen: die Gründung einer Kampforganisation aller Bergleute. Die Bedingungen dafür waren ganz anders als vor dem Streik. Der dreißigtägige Kampf hatte der Bergarbeitergewerkschaft die Lehre eingeheimert, daß sie nur organisiert, mit einer starken Gewerkschaft der Macht des Kapitals erfolgreich entgegenzutreten konnte.

Im Juli wurden Statutenentwürfe ausgearbeitet. Am 18. August 1889 war es soweit: 200 Delegierte von 66 Zechen und 44 Knappenvereinen gründeten in Dorstfeld bei Dortmund ihre Gewerkschaft, den „Verband zur Wahrnehmung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen“. Im Vorstand waren, neben den alten sozialdemokratischen Kämpfern, neue, aus der katholischen Bergarbeiterbewegung hervorgegangene und erst durch den Streik revolutionär gewordene Kräfte vertreten. Die Bergarbeitergewerkschaft jedenfalls war bei ihrer Gründung eine von der Partei der Arbeiterklasse geführte, proletarische Klassengewerkschaft.

Antikriegstag der DGB-Jugend in Dortmund

Kampfansage gegen Reaktionäre und Kriegstreiber

DGB-Chef Vetter wurde niedergeschrien

Mei als 16.000 Menschen kamen zur Anti-Kriegstags-Veranstaltung der DGB-Jugend Nordrhein-Westfalens in die Dortmunder Westfalenhalle. Sie wurde zu einem Ereignis, das keiner der Beteiligten so schnell vergessen dürfte. Das gilt nicht nur für die Tausende von kämpferischen Junggewerkschaftern und für die älteren Kollegen, von denen auch viele gekommen waren. Unvergesslich dürfte dieser Abend auch für den DGB-Vorsitzenden Vetter bleiben. Vetter wurde an diesem Abend eine Lektion erteilt, wie er sie in seiner bisherigen Laufbahn wohl noch nie erlebt hat.



Niedergeschrien: DGB-Chef Vetter

Diese Veranstaltung wurde zu einer wirklichen politischen Demonstration gegen Krieg und Faschismus, zu einer Kampfansage gegen die Mächtigen des Bonner Staates, die Krupp und Thyssen, gegen die imperialistischen Großmächte, gegen alle Reaktionäre, die heute wieder mit Krieg und Faschismus ihre Profit- und Machtinteressen durchzusetzen versuchen.

Die Stimmung in der enorm großen Halle war voller Kampfeifer. Sie war bestimmt von leidenschaftlichem Engagement für Frieden und Freiheit, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Das deutete sich schon vor Beginn der Großveranstaltung an. Überall die Parole: „Stopp Strauß!“ Kaum jemand, der nicht eine Plakette trug, die diese Parole in dieser oder jener Form zum Ausdruck brachte.

Auch die meisten Transparente, die im weiten Rund der Westfalenhalle aufgehängt waren, trugen klare Losungen: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, „Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“, „Kein Treffen zwischen Vetter und Strauß“, „Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk“, „Ein Nachschlag muß her“ usw. usf.

Natürlich waren es nicht die Spitzen-Jung-Funktionäre des Gewerkschaftsapparates, die diese revolutionären und oppositionellen Transparente anbrachten. Das besorgte die versammelte DGB-Jugend selbständig und kein Bonze wagte es, dagegen vorzugehen.

Die Stimmung war also genau so, wie sie auch sein muß bei einem solchen Anlaß: kämpferisch, oppositionell und revolutionär. Und das mußte DGB-Boss Vetter schon erfahren, bevor er überhaupt in Erscheinung trat. Als der Programmansager unter den verschiedenen Programmpunkten des Abends auch den DGB-Vorsitzenden ankündigte, antwortete die überwältigende Mehrheit der 16.000 Kolleginnen und Kollegen mit ohrenbetäubenden Mißfallensbekundungen, mit Buhrufen und einem gellenden Pfeifkonzert.

Es ließ sich nicht leugnen: Vetter war eine glatte Fehlbesetzung. Er war ausgesprochen unerwünscht bei der versammelten DGB-Jugend. Das erklärt sich nicht allein aus dem skandalösen Verbot der Antikriegstagsbroschüre der DGB-Jugendabteilung durch den DGB-Bundesausschuss. Sicherlich hat diese Zensurmaßnahme eine besondere Empö-

rung in der DGB-Jugend hervorgerufen. Denn welchen Zweck soll ein solches Verbot denn haben, wenn nicht den, die Aufklärung der Jugend über die Hintergründe und Hintermänner von Krieg und Faschismus zu unterdrücken?

Die Empörung, der Haß, der dem Oberbonzen Vetter hier entgegenschlug, war zugleich auch das Ergebnis der niederträchtigen Veräberungen, mit denen in den vergangenen Jahren die DGB-Bonzen den kämpfenden Arbeitern immer wieder in den Rücken gefallen sind. Sei es bei den Streiks für mehr Lohn oder bei den Kämpfen gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung. Vor allem auch der Stahlarbeiterstreik hat den Klärungsprozeß an der Gewerkschaftsbasis über die Rolle der Arbeiterverräter vorangetrieben.

Als Vetter sich im Laufe des Abends dann tatsächlich auf's Podium wagte, da wurde er nach Strich und Faden ausgepöffen und niedergeschrien. Seine Rede ging über weite Strecken in einem wahren Höllenlärm unter, den die versammelten Gewerkschafter durch Pfeifen, Buhrufe, Zwischenrufe, ständiges rhythmisches Klatschen usw. mit bewundernswürdiger Ausdauer und Geduld erzeugten. Da nützte es auch nichts mehr, daß die Lautsprecheranlage bis zum Gehör nicht mehr aufgedreht wurde.

Unter den Zwischenrufen zählten solche wie „Arbeiterverräter“, „Kapitalistenknecht“, „Hau doch ab“ usw. noch nicht einmal zu den schärfsten. Vetter selbst provozierte immer wieder eine neue Steigerung der Mißfallensbekundungen, indem er reaktionäre und verlogene Aussagen machte.

Zum Beispiel als er sich dagegen verwahrte, daß Strauß als Faschist bezeichnet wird, oder als er sagte, der DGB verurteile „sowohl den Rechtsextremismus als auch den Linksextremismus“. Einen Sturm der Empörung erntete Vetter auch, als er mit der jetzt überall in den Massenmedien verbreiteten Lüge kam, der „Hitler-Stalin-Pakt“ habe den Zweiten Weltkrieg „mit ausgelöst“.

Auf der anderen Seite wurden alle wirklich antifaschistischen, alle klassenkämpferischen und revolutionären Darbietungen, Parolen, Lieder usw. mit großer Begeisterung und Zustimmung aufgenommen. Mit gewaltigem Jubel und Ovationen honorierten die Kollegen die nicht nur künstlerisch, sondern auch politisch hervorragenden Beiträge der Wiener Gruppe „Schmetterlinge“.

Ihr Lied über den Stahlarbeiterstreik wurde zu einem der Höhepunkte des Abends. Tosender Beifall, als zum ersten mal in diesem Lied die Forderung nach der 35-Stunden-Woche vorkam. Und als der von den IGM-Bonzen ausgehandelte Tarifausschluß im Lied dann ein „fauler Kompromiß“ genannt wurde, war der Beifall noch stürmischer. Es war eine oppositionelle Manifestation gegen den Verrat der Gewerkschaftsführung.

Viel Beifall erhielten auch die Beiträge verschiedener Laienspiel- bzw. Gesangsgruppen. So zum Beispiel der „Kölner Gewerkschaftschor“, der seine Kampflieder den ermordeten Führern der deutschen Arbeiterklasse, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann widmete. Das Mühlheimer „Kabarett K“ brachte nicht nur manchen gelungenen politischen Gag. Es rief außerdem zur Solidarität mit Dieter Vogelmann auf, der zur Zeit wegen seiner Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 in München eine 12monatige Gefängnisstrafe in der Haftanstalt Attendorf verbüßen muß.

Bis Mitternacht dauerte das Programm in der Westfalenhalle. Als Fazit kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß diese Veranstaltung dazu beigetragen hat, die Bewegung gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in der DGB-Jugend zu stärken.



Johann Wolfgang von Goethe
(28.8.1749-
22.3.1832)

230. Geburtstag Goethes

„Vision einer Welt freier, schaffender Menschen“

Louis Fűrberg über Goethes „Faust“

Am 28. August jährte sich zum 230. Mal der Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes, den Marx und Engels als den größten Deutschen bezeichneten. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir einen Aufsatz, den der kommunistische Schriftsteller Louis Fűrberg über den „Faust“, das bedeutendste Werk unserer Nationalliteratur, geschrieben hat. Der Aufsatz erschien zum ersten Mal 1953 als Nachwort einer tschechischen Volksausgabe des „Faust“.

Die „Faust“-Dichtung Goethes stellt den gigantischen Versuch dar, die Menschheitsentwicklung in einem einheitlichen, bis in Goethes Gegenwart reichenden Zusammenhang zu gestalten.

Bereits als Kind hatte Goethe das alte Puppenspiel vom Doktor Faustus kennen gelernt. Das Puppenspiel beruhte auf einer Volkslegende aus dem 16. Jahrhundert, der Zeit, da der Frühkapitalismus in den ersten Formen der Manufaktur die mittelalterliche feudale Wirtschaft zu zersetzen begann. Aus dem Mittelalter befreit, erwachte in den Menschen der Trieb, alles zu wissen, tätig-unmittelbar ins Leben einzugreifen und sich ihm mit allen Sinnen hinzugeben. Diesem immer mächtiger werdenden Verlangen stand aber die mittelalterliche Vorstellung entgegen, daß jedes Suchen nach der Erkenntnis, jedes Bemühen, das Geheimnis des Lebens zu ergründen, verwerflich, ja Todsünde sei. So vollzog sich das Erwachen, die Herausbildung eines neuen Weltbewußtseins in schweren innerlichen und äußeren Konflikten, und sie fanden nicht zuletzt in der kraftvollen ursprünglichen Volkslegende ihren Niederschlag.

Mit genialem Weitblick erkannte bereits der junge Goethe, welche Möglichkeiten ihm der Stoff der Legende bot, die Fragen, Gedanken, Probleme, Kämpfe und Bewegungen, die seine eigene Zeit heraufrief und an denen er selbst unmittelbar Anteil nahm, aufzuwerfen. War er auch nicht der erste, der das Faust-Motiv dichterisch zu gestalten suchte — Lessing und Marlowe hatten es vor ihm getan —, so war er immerhin der erste, der auf die alte, unverfälschte Volkssage zurückgriff und sie ganz aus ihren Ursprüngen heraus zur Grundlage seiner Dichtung nahm. Denn in den zwei Jahrhunderten, die seit ihrem Entstehen vergangen waren, war ihr Charakter insbesondere durch die Eingriffe des orthodoxen, in seinen Wesenszügen selbst mittelalterlichen Lutheranertums entstellt und verändert worden, indem Faustens Lebens- und Erkenntnisdrang für verderblich erklärt wurde. Die ursprüngliche Legende aber erfüllte Trotz und Auflehnung und über allem der elementare Mut zum Wagnis. In ihr brachte

einer neuen Naturauffassung, die elementare Diesseitsbejahung, zugleich aber auch die tragische Verwicklung der Beziehung Fausts zu Gretchen, die sich im weitesten Sinne zu einer Kritik der Liebesbeziehung in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt erhebt.

Das Thema der Tragödie an sich war ein wesentlicher Bestandteil der Literatur der Zeit der Aufklärung. Es war eine der Formen, in denen sich die gepreßten Herzen Luft machten gegen die unerträglich gewordene Herrschaft der aristokratischen Despotie. Das bürgerli-

che Mädchen, von einem Adligen verführt und dann im Elend zurückgelassen, erschien den Dichtern als Symbol der Unterdrückung des Bürgertums durch den Adel.

Goethe aber ging in seiner Gretchen-Tragödie über den Gegensatz von Bürgertum und Adel hinaus, denn sein Faust ist kein Adliger, sondern ein Mensch des bürgerlichen Zeitalters, das bereits neue, ganz andere Gegensätze in sich trägt. Faust und Gretchen gehören beide dem Bürgertum an, wenn auch Schichten, die sowohl ökonomisch wie geistig voneinander getrennt sind. Die geistige Kluft aber zwischen Mann und Frau hat tiefere Ursachen, sie tritt immer und überall auf, wo die Frau dem Manne nicht gleichberechtigt ist. So macht es die Beschränktheit der Verhältnisse, in denen ihr Leben abläuft, Gretchen unmöglich, Faustens Gedanken zu folgen; sie hat, so tapfer, hingebungsvoll, selbstlos, ja hellsehtig sie ist, mit den Bürgermädchen der unteren Mittelschichten jener Zeit auch alle geistigen und moralischen Vorurteile, Bedenken und Schwächen gemein. Faust liebt Gretchen und ist ihr doch zugleich innerlich entfernt, weil er im Fluge seines Geistes, im Drange, alle Schranken zu durchbrechen, schon weit über ihre kleine Welt, die Enge ihrer Anschauung und ihres Denkens hinauswuchs. Sie, die dies genau erfüllt und ihm nicht zu folgen vermag, verschmäht deshalb seine Rettung und geht physisch unter, während er weiterstürmen muß.

Während der „Urfaust“ noch mit Gretchens leiblich-seelischer Verdammnis schließt, wird in der endgültigen Fassung des „Faust. Erster Teil“ (vom Jahre 1806, also mehr als dreißig Jahre später) Gretchens Seele durch den Einspruch einer allegorischen „Stimme von oben“ gerettet. Daß es sich hier nicht um ein religiöses Jenseitsbekenntnis Goethes, des „Heiden“ handelt, ist klar. Die Wandlung, die er hier vollzieht, ist im Wachstum seiner eigenen Erkenntnis und Erfahrung begründet. Er, der als junger Mensch keinen Ausweg aus der Tragödie sah, ahnte mit zunehmenden Jahren immer mehr, daß die Menschheitsentwicklung auch die Grundlagen der menschlichen Liebesbeziehungen verändern würde, indem mit der Befreiung der Frau aus den unwürdigen Verhältnissen, in die sie die alte Gesellschaft kettete, auch die Ursachen jener in der bürgerlichen Welt so geläufigen Tragödien fallen mußten. Wenn er, um Gretchens seelisch-geistige Rettung kundzutun, eine

„Stimme von oben“ bemüht, so gleitet er nicht in die religiöse Mystik ab, sondern benützt — nach seinen eigenen Worten — ebenso wie in den späteren Schlußallegorien des „Faust. Zweiter Teil“ die „... wohlthätig beschränkende Form und Festigkeit ... scharf umrissener christlicher Figuren und Vorstellungen“ zum künstlerischen Ausdruck seiner Absicht. In seiner eigenen geschichtlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit ist ihm unmöglich, Faustens wie Gretchens Sieg über die tragischen Konflikte, in die sie verstrickt werden, zu begründen. Er ist aber zutiefst davon überzeugt, daß in einer fernen Zeit, wenn auch auf ihm noch unbekannte Weise, diese Konflikte gelöst werden.

In diesem Sinne trug Goethes „Faust“ vom Anfang an jenen optimistischen Grundzug, aus dem Generationen Kraft und Lebensfreude schöpften und schöpfen werden. Im Laufe von beinahe sechzig Jahren, in denen Goethe — oft von jahrelangen Pausen unterbrochen — daran arbeitete, bildete und baute, wandelte sich das Werk und wuchs mit seinem Leben, seinen Erfahrungen, seiner Weisheit. Es wurde wahrhaft zu einer „Ilias des modernen Lebens“, wie Puschkin den „Faust“ nennt, zu einem mächtigen Gedicht, das über die kleine Welt der individuellen Tragödie (die Gretchen-Tragödie) hinauswächst in die große Welt der Unterwerfung des Lebens durch den neuen Menschen. Der Weg der Entwicklung Faustens wird zum großen poetischen Gleichnis für die Menschheitsentwicklung. Mag dieser Weg von individuellen Tragödien begleitet sein, ja mag selbst der einzelne dabei untergehen, so bewegt sich die Menschheit doch als Ganzes in steter Überwindung von Gegensätzen einer immer höheren Vollendung entgegen.

Goethes eigenes unablässiges Ringen um Wahrheit und neue Erkenntnisse, seine im Alter wachsende Einsicht in die „Gebrechen des Bestehenden“ lassen ihn eine Gesellschaftsordnung herbeiwünschen, die die Beschränktheit und Unvollkommenheit der alten feudalen Gesellschaft wie der neuen bürgerlich-kapitalistischen „aufhebt“. So erwächst ihm die Vision des sterbenden Faust, der sich eine Ordnung ausmalt, in der das Prinzip der Planung herrscht und in der freie, schaffende Menschen sich zu einem Bündnis der Arbeit zusammenschließen.

Generation auf Generation hat sich in die Schönheiten und Tiefen des „Faust“ versenkt, mit ihm gegrübelt, gesorgt und gesehnt, sich von Faustens Liebe zu Gretchen, von Gretchens Hingabe, Opfer und Elend rühren, sich von der hohen Doppelsinnigkeit der Faust-Mephisto-Wette mitreißen, von der funkelnden Dialektik Mephistos blenden lassen, sich an der Glut der Leidenschaft der Helena — Szenen entzündet und in Faust den Jüngling wie den Greis, den ewig Sehnsuchtsvollen geliebt, den zu immer höheren Zielen Strebenden, das Sinnbild eines wahrhaften Menschen — den, „der Unmögliche begehrt“.

Und sollte das „Unmögliche“ wirklich unmöglich bleiben? Hat sich nicht gerade uns Menschen dieses Zeitalters weit das Tor in die Erfüllung geöffnet? Ist das, was Goethe nur als Vision gestalten konnte, nicht lebendige und blutvolle Wirklichkeit geworden, seit die Große Russische Oktoberrevolution von 1917 das Antlitz der Erde zu verändern begann?

Werner Worschech singt Bergarbeiterlieder von Heinrich Kämpchen

„Kohlengräberland“

In diesen Tagen feiern die Bergarbeiter an der Ruhr das 90jährige Bestehen ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Die im August 1889 vollzogene Gründung des „Alten Bergarbeiterverbands“ war das unmittelbare organisatorische Ergebnis des größten Arbeitskampfes im Deutschland des 19. Jahrhunderts: Mehrere Wochen lang hatten im Mai 1889 9000 Kumpel an der Ruhr im Streik gestanden — ohne jede finanzielle Unterstützung, trotz Streikverbot und Militäreinsatz durch die preußische Regierung.



Werner Worschech singt Lieder von Heinrich Kämpchen

Die elende Lage der Bergleute in dieser Zeit, der große Streik, die folgenden Maßregelungen der Streikführer, die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns der Arbeiterklasse und des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses — das sind die Themen, die Werner Worschech, ein junger Bottroper Liedermacher, auf seiner Platte „Kohlengräberland“ behandelt. Die Texte dazu fand er in den Gedichten Heinrich Kämpchens, eines Arbeiterdichters, der selbst Jahrzehnte unter Tage gearbeitet hatte, der zu den Führern des Streiks gehörte und anschließend von den Bergherren auf die „Schwarze Liste“ gesetzt, auf keiner Zeche mehr Arbeit fand.

Kämpchens Gedichte spiegeln unmittelbar und sehr eindringlich die tiefe Not der Arbeiter, aber auch ihren Haß gegen die Ausbeuter wieder. So heißt es in dem Lied „Das einzige Mittel“:

Es lastet auf dem Bergmann
der Druck der Krise schwer
und Teuerung herrscht im Lande,
doch sind die Taschen leer. —
Das heißt die Bergmanns-
taschen,
wo nicht der Segen quillt
der fetten Dividende,
der die Taschen der Bergherren
füllt.

Und an den Schluß dieses Gedichts, das die Verelendung der Kumpel beschreibt, setzt Kämpchen die Zeilen:

O möchte doch endlich kommen,
was uns allein befreit,
das Mittel zu Schutz und Trutze:
die Knappeneinigkeit.

Diese Einigkeit, sie wurde in dem großen Streik geschmiedet. Nicht nur von den Arbeitern selbst, auch von ihren Frauen, denen Kämpchen eines der schönsten Gedichte dieser Platte widmet. Dennoch ist diese Einheit nicht endgültig und für immer gesichert — und so setzt sich Kämpchen denn auch mit den Versuchen der

Bergherren auseinander, die Front der Arbeiter zu spalten — mit dem Streikbruch im „Streikbrecherlied“ und der Tätigkeit spalterischer, unternehmerhöriger Gewerkschaften in den „Arbeitsbrüdern“. „Seid einig, seid einig!“ Dieser Appell aus dem „Internationalen Knappenlied“ zieht sich durch alle Gedichte Kämpchens, wobei er die Einheit nicht nur als Voraussetzung des Sieges in den Tageskämpfen sieht, sondern auch für den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse über die kapitalistischen Ausbeuterordnung. So schließt das „Knappenlied“ mit den Versen:

Drum Glückauf! Kameraden
durch Nacht zum Licht!
Seid brüderlich alle
umschlungen.
Gloht es: „Wir wollen nicht
enden die Schicht,
bis das den Sieg wir errungen!
Den schönsten Sieg, der uns alle
frommt,
das der Arbeitsmann auch die
Macht bekommt!“

Werner Worschech hat seine Platte mit dem Anspruch gemacht, die politische Entwicklung der Bergarbeiterschaft mit einem direkten Bezug zu unserer Zeit aufzuzeigen. Und man muß sagen, daß er diesen Anspruch vollständig eingelöst hat. In seinem „Kohlengräberland“ findet sich genau das, was man bei den meisten Interpreten von Volksmusik vermisst, nämlich Lieder, die unmittelbar und aktuell in unsere Zeit und auf unsere Kämpfe wirken. Das liegt natürlich zum einen an den Texten Heinrich Kämpchens selbst, die — obwohl sie bald ein Jahrhundert alt sind — nichts von ihrer Frische und Aktualität verloren haben. Zum anderen liegt das jedoch auch an der geschickten Auswahl der Gedichte und an ihrer hervorragenden Vertonung. Vom „Knappenlied“ abgesehen hat Worschech alle anderen Melodien selbst geschrieben. In einem Gespräch mit der Kulturzeitschrift *links-kurve* sagte Worschech über seine Arbeit: „Bei mir haben Text und Musik (als emotionales Element) gleichwertige Bedeutung, denn ich möchte weder den Text noch die Musik überbewerten, sondern beides als Einheit verstehen. Bei Musik als bloßer Illustration könnte man gleich auf sie verzichten und die Gedichte eben lesen. Genau hier bekommt die Musik die besondere Funktion: Sie hilft bei den Gedichten von Kämpchen, eine Brücke zu schlagen, um das für uns manchmal unverständliche Pathos zurückzunehmen.“

Werner Worschech ist es gelungen, diese Brücke zu schlagen. Seine eindringliche und schnörkellose Interpretation macht die Gedichte Kämpchens für uns lebendig. So ist das „Kohlengräberland“ eines der wenigen Beispiele aus der letzten Zeit für eine gelungene Sammlung von Arbeiterliedern geworden. Man kann dieser Platte nur eine möglichst weite Verbreitung wünschen.

„Kohlengräberland“
Werner Worschech singt Texte
von Heinrich Kämpchen
Stockfisch-Schallplatten,
Sanddornweg 13b, 3300 Braun-
schweig

Trotz Guardia Civil und maoistischer Provokationen

3. Internationales Jugendlager bei Valencia erfolgreich durchgeführt

Das Sekretariat des Zentralkomitees der Roten Garde zieht Bilanz

Vom 1. bis zum 15. August fand im Hypodrom von El Saler an der spanischen Mittelmeerküste — 10 Kilometer südlich von Valencia — das 3. Internationale Jugendlager statt. Rund 2.500 Jugendliche, sowie 25 Organisationen aus 17 Ländern nahmen an diesem Lager teil. Es wurde zu einem großen Erfolg für die fortschrittliche, antifaschistische und

antimperialistische Jugend der Welt. Der „Rote Morgen“ hat in seiner Ausgabe vom 17.8.79 bereits darüber berichtet. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir eine Bilanz, die das Sekretariat des Zentralkomitees der Roten Garde von diesem Lager gezogen hat.

Liebe Genossen und Freunde!
Mit ca. 200 Teilnehmern aus der Deutschen Bundesrepublik traten wir die Reise zum 3. Internationalen Jugendlager nach El Saler an. Mitglieder der Roten Garde und der KPD/ML, Sympathisanten und Freunde unserer Organisation, sowie Antifaschisten und Antimperialisten aus unserem Land, die aufgrund der Werbung und Propaganda nach Spanien kamen.

Nach längerem Suchen fanden wir das Hypodrom, 300 Meter vom Mittelmeer entfernt gelegen, eine richtige Derby-Rennbahn, ein etwas älteres Modell, doch für ein Jugendlager ideal geeignet. Feste Gebäude mit Toiletten- und Waschanlagen fanden wir vor, Werkstatt- und Büroräume, eine Bar, Garderobenhäuschen, die zu Verkaufsständen umgewandelt wurden, ehemalige Pferdeboxen, in denen jetzt die Lagerküche Platz fand. Im Laufe der ersten Tage wurden dann die zusätzlichen Toiletten, die Bühne und ein kleines „Restaurant“ (Tisch und Stühle, das Ganze überdacht) fertiggestellt.

Die Kommunistische Jugend Spaniens/ML (JCE/ML) und die Kommunistische Partei Spaniens/ML (PCE/ML) hatten also ganze Arbeit geleistet. Sprach man die spanischen Genossen auf ihre Leistung an, so waren sie eher bescheiden: „Wir haben uns bemüht. Bis zum 31. Juli war das Lager noch verboten. Der Kampf unseres Jugendverbandes und der Partei — sowie die internationale Unterstützung in diesem Kampf — haben das Verbot zu Fall gebracht. Jetzt muß das Lager ein großer Erfolg werden. Das ist die Antwort, die die monarcho-faschistische Regierung auf ihre Provokation bekommen muß!“ — Und das Lager wurde ein großer Erfolg. Ein Erfolg für die Revolutionäre und Kommunisten in Spanien und ein Erfolg für die internationale Jugendbewegung. Denn dieses Lager stellte den Mängeln der Vergangenheit — besonders den Mängeln des 2. Jugendlagers 1978 in Ferrel/Portugal — ein positives Beispiel entgegen.

Vom 3. August — dem Eröffnungstag — an lief im Lager ein abwechslungsreiches und interessantes Programm. Es gab Diskussionen und Veranstaltungen zu den verschiedensten Fragen des Kampfes der Jugend in der ganzen Welt, Film- und Folkloreveranstaltungen — wobei besonders das Folklorefestival am 11. August hervorgehoben werden muß, an dem zahlreiche Künstler aus den verschiedenen spanischen Provinzen teilnahmen —, ein Kinderfestival, Fußball- und Volleyballspiele, ein Schachturnier, ein internationaler Chor und ein internationaler Malwettbewerb. Vier Ausgaben der Lagerzeitung in drei Sprachen erschienen, und jeden Tag sendete der Informationsdienst des Lagers eine Nachrichtensendung

— ebenfalls in drei Sprachen. Neben diesen Aktivitäten, die hier nur unvollständig aufgezählt sind, gab es verschiedene politische und kulturelle Beiträge der Delegationen aus den verschiedenen Ländern.

Besonders hervorgehoben werden muß auch die Tatsache, daß es die PCE/ML und die JCE/ML sehr gut verstanden haben, das Lager mit dem Klassenkampf im eigenen Land zu verbinden. So gehörten zu den Attraktionen des Lagers die Propagandaeinsätze in Valencia und in den Dörfern der Umgebung. 10 bis 15 Genossen, bewaffnet mit Fahnen der teilnehmenden Organisationen, mit Megaphon, Flugblättern, der Zeitung „Vanguardia Obrera“ und Plakaten bildeten die Trupps, und sie kamen erst wieder ins Lager zurück, als sie ihr Ziel erreicht hatten. So wurden bei einem Einsatz vor zwei Werkstätten der Ford-Werke in Valencia in einer Stunde 96 Ausgaben der Zeitung „Vanguardia Obrera“ verkauft, fast alle Dörfer der Umgebung und die Zufahrtsstraßen zum Lager mit Plakaten verschönert, und über 2.000 Menschen aus der Bevölkerung folgten der Einladung zum Folklorefestival am 11. August. Einige Trupps blieben dabei auch etwas länger weg. Die einen, weil sie von parteilosen Arbeitern des Stahlwerks zum Essen und zu Gesprächen eingeladen wurden, die anderen, weil sie Ärger mit der Guardia Civil bekamen. Fast 50 Genossen wurden für einige Stunden auf der Wache der Guardia Civil festgehalten. Grund: Sie hatten bei ihrem Propagandaeinsatz eine republikanische Fahne dabei.

Eine weitere Überraschung waren die Einladungen und Empfänge bei verschiedenen Abgeordneten der Kommunalparlamente und einem Bürgermeister. Insgesamt gab es drei solcher Empfänge. Wobei der Empfang beim Bürgermeister der Stadt Torrant (60.000 Einwohner) sicherlich der interessanteste war. Ein Abgeordneter der PSOE (Sozialdemokratische Partei Spaniens) hatte die Einladung ausgesprochen. 10 Genossen der Roten Garde und Genossen der anderen Delegationen nahmen an dem Empfang teil. Wir wurden zum Essen eingeladen und konnten anschließend einen Turm besichtigen, in dem im Bürgerkrieg Hunderte Antifaschisten und Republikaner gefoltert und hingerichtet wurden. Diese Einladung war eine persönliche Geste des Abgeordneten. Er hatte das Lager besucht und war begeistert von dem, was er dort gesehen und erlebt hatte. Immer wieder versicherte er uns, daß er zwar in der PSOE sei, aber ein konsequenter Kämpfer für die Republik, für Lenin und für Rosa Luxemburg.

Bei dem Empfang in Llaure, einem kleinen Dorf in der Nähe des Lagers, hatte ein

Genosse der Roten Garde die Gelegenheit, auf einem Jugendfestival zu sprechen. Etwa 1.000 Jugendliche waren auf dem Platz versammelt und feierten in einer fröhlichen Atmosphäre ihr Fest. Interessiert folgten sie den Ausführungen unseres Genossen, der die Ziele des 3. Internationalen Jugendlagers erklärte, und klatschten begeistert Beifall, als er über den weltweiten Kampf der Jugend gegen den Faschismus und gegen den Imperialismus sprach.

Zwei große Fragen

Heute gibt es zwei große Fragen, die von besonderem Interesse in den Diskussionen zwischen den marxistisch-leninistischen Jugendverbänden und Parteien sind: 1. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus, besonders gegen den chinesischen Revisionismus und die Mao-Tse-tung-Ideen. 2. Das Herankommen an die Revolution in den jeweiligen Ländern; die Entwicklung einer Massenpolitik, der Einheitsfronttaktik, der Ausbau der kommunistischen Jugendverbände zu Massenorganisationen usw. Es war sehr positiv, daß sich diese Fragen und Diskussionen auch auf dem Lager widerspiegeln. Zahlreiche Diskussionen wurden zwischen Vertretern der einzelnen Organisationen und natür-

lich von Genosse zu Genosse geführt. Auf den nächsten Internationalen Jugendlagern wird es notwendig sein, noch mehr Platz und Möglichkeiten für Diskussionen dieser Art zu schaffen. Gleichzeitig zeigte sich für jeden sichtbar auf dem Lager, daß die Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Jugendverbänden und Parteien in den grundsätzlichen Fragen keineswegs eine leere Floskel ist. Alle auf dem Lager anwesenden Organisationen haben besonders im letzten Jahr einen großen ideologischen Kampf gegen die, dem Marxismus-Leninismus feindlichen Mao-Tse-tung-Ideen und für die Verteidigung des Genossen Stalin geführt. Dieser Kampf — die dritte große Schlacht seit der Entlarvung des sowjetischen Revisionismus — hat die Organisationen noch fester zusammengebracht.

Die Provokation

Verärgert und voller Wut über diese Entwicklung sind anscheinend die ausgemachten Feinde des Marxismus-Leninismus — die diversen Gruppen und Grüppchen von Agenten, Provokateuren und berufsmäßigen Spaltern. Aus den verschiedensten Ländern kamen sie, von langer Hand vorbereitet, mit zum Teil unterschiedlichen Motiven und einer unterschiedlichen Taktik nach Spanien, um auf dem Lager ihre Spaltertätigkeit zu betreiben

(siehe auch untenstehendes Kommuniqué).

Doch sie mußten bald erkennen, daß ihre Spaltertätigkeit ausnahmslos auf fruchtlosen Boden fiel. Vollständig einheitlich in allen Fragen haben die teilnehmenden Organisationen — die kommunistischen und die antifaschistischen, antiimperialistischen Organisationen — auf die Provokation geantwortet. Es wurde eine gut überlegte Taktik angewandt und den Provokateuren Schritt für Schritt — ohne großes Aufsehen — das Handwerk gelegt. Festzustellen bleibt, daß alle Organisationen und Delegationen, die aus dem Lager verwiesen wurden, wiederholt, grob und bewußt gegen grundsätzliche Prinzipien und Beschlüsse des Lagers verstoßen haben. Keine Organisation wurde ausgeschlossen, weil sie eine andere Haltung zu den Mao-Tse-tung-Ideen vertreten hat.

Insgesamt war diese Schlacht gegen die Provokationen keine leichte Aufgabe. Schließlich war das Lager bis zum 31. Juli verboten, und wir mußten jederzeit davon ausgehen, daß die Provokationen — besonders die Parkplatzbesetzung durch Mitglieder der TKP/ML, ATÖF, MLPÖ u.a. — mit dem Staatsapparat und der Guardia Civil abgesprochen waren, um eine Auseinandersetzung zu provozieren, die Anlaß für ein erneutes Verbot oder das Eingreifen der Guardia Civil gegeben hätte. Besonders die Führer der TKP/ML sind für Provokationen dieser Art bei den Revolutionären und den klassenbewußten Arbeitern in der Türkei bekannt.

Vorwärts zum 4. Internationalen Jugendlager

Die Vorbereitung und Durchführung des 4. Internationalen Jugendlagers hat die Rote Garde in die Hand genommen. Voraussichtlich Ende Juli

1980 wird das Lager in Südwestdeutschland stattfinden.

Eine große und schwierige Aufgabe für unsere Organisation — doch wir gehen mit Optimismus an die Erfüllung dieser Aufgabe. Wir haben reichhaltige Erfahrungen auf dem 3. Internationalen Jugendlager gesammelt. Besonders was den breiten, antifaschistischen, antiimperialistischen Charakter der Internationalen Jugendlager angeht, müssen noch wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden — in bezug auf die Organisationen, die eingeladen werden, in bezug auf die politischen und kulturellen Aktivitäten auf dem Lager usw.

Die Lagerleitung des 3. Internationalen Jugendlagers stellte dazu folgendes in ihrer Abschlusssprechung fest: „Es ist in der Tat schwierig gewesen, auf diesem Lager einen Kampf an zwei Fronten zu führen. Die Lagerleitung mußte sich sehr intensiv mit den Provokationen und Spaltungsmanövern der Maoisten und Provokateure beschäftigen. Diese Schlacht haben wir erfolgreich geschlagen. Doch dadurch fehlte uns die notwendige Zeit zur Lösung der zweiten Aufgabe. Wir sehen ganz klare Mängel auf diesem Lager in bezug auf den Massencharakter. Doch wir haben nur einige Kritiken andiskutiert, kamen nicht dazu, selbst Vorschläge zu erarbeiten oder Beschlüsse zu fassen. Wir stellen deshalb fest, daß zur Erfüllung dieser Aufgabe noch sehr, sehr viel zu tun ist. Hierauf muß der Schwerpunkt bei der Vorbereitung für das 4. Internationale Jugendlager gelegt werden. Man wird sich dabei auf die positiven und negativen Erfahrungen dieses Lagers stützen können.“

Packen wir es an, Freunde und Genossen! Machen wir das 4. Internationale Jugendlager zu einem großen Erfolg im Kampf der Jugend gegen Faschismus und Imperialismus!

Sekretariat des Zentralkomitees der Roten Garde

Kommuniqué zu den verschiedenen Provokationen, die gegen das III. Internationale Jugendlager verübt wurden

Vom 1. bis 15. August fand im Hypodrom von El Saler das III. Internationale Jugendlager statt. Dieses Treffen, zu dem die marxistisch-leninistischen Jugendverbände und Parteien aufgerufen haben, hat die Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Jugendverbänden und Parteien sowie die Einheit mit verschiedenen antifaschistisch-antiimperialistischen Organisationen aus der ganzen Welt weiter gefestigt. Das zeigte sich in den zahlreichen politischen Aktivitäten, die gemeinsam auf dem Lager durchgeführt wurden und daran, daß über 2.500 Teilnehmer, sowie 25 Organisationen aus 17 Ländern teilnahmen.

Dieser Erfolg wurde im Kampf gegen die spanische Regierung errungen, die zunächst das Lager verboten hatte, sich dann aber gezwungen sah, das Verbot einen Tag vor Lagereröffnung aufzuheben. Dieser Erfolg wurde gegen die Unterdrückungskräfte der Guardia Civil erkämpft, die fast 50 Teilnehmer des Lagers festgenommen hatte, als sie in Silla und Sueca Propagandamaterial verbreiteten (zwei kleine Dörfer in der Nähe des Lagers).

Auf der gleichen Linie hatten verschiedene maoistische Gruppen Provokationen vorbereitet in der Absicht, die Abhaltung des Lagers zu erschweren und seinen Erfolg zu verhindern. Darunter befanden sich: die türkischen Provokateure der Gruppen TKP/ML, ATÖF/

ATIF, die westdeutschen Provokateure und Liquidatoren der Gruppe „Gegen die Strömung“, eine Gruppe kleinbürgerlicher, studentischer Provokateure, die sich selbst zur marxistisch-leninistischen Partei Cyperns ernannt hatten, die Delegation der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ) und die Delegation der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles (PCRCh).

Sie alle sind aus verschiedenen Ländern nach Spanien gekommen, geleitet von ihrem Ziel, die erfolgreiche Durchführung des Lagers sowie das Vorschreiten der Jugend im antifaschistischen, antiimperialistischen Kampf zu sabotieren und zu verhindern. Sie setzten dabei verschiedene Mittel ein, angefangen mit der Besetzung eines Teils des Lagers durch hauptsächlich türkische Provokateure, bis hin zum Versuch, Zusammenstöße zu provozieren, um das Eingreifen der Polizei und Guardia Civil zu erreichen. Schließlich gaben sie Flugblätter heraus, mit denen sie Unruhe unter den Lagerteilnehmern verbreiten wollten (das letzte davon unterschrieben von der Delegation der PCR Chiles).

Die Delegationen der PCR Chiles und der MLPÖ haben keinen Finger gerührt bei den Arbeiten für die Organisation des Lagers, noch bei den Aktivitäten des Programms. Ihre Arbeit hat einzig und allein daraus bestanden, Angriffe auf das Lager zu starten, Verleumdungen und verborgene Beleidigungen aus-

zusprechen sowie Verwirrung und Spaltung unter den Teilnehmern des III. Internationalen Jugendlagers zu stiften. Außerdem versuchten sie unter Ausnutzung ihrer Position als Teilnehmer des Lagers die Provokationen außerhalb des Lagers zu unterstützen.

Die Tatsachen haben unweigerlich gezeigt — und die Delegation der PCR Chiles selbst hat es zugegeben — daß sie alle koordiniert gehandelt haben.

Doch all diese provokative Zusammenarbeit mit der faschistischen Bewegung in Spanien hat ihr Ziel nicht im geringsten erreicht. Das III. Internationale Jugendlager hat mit vollem Erfolg all seine Aktivitäten durchgeführt, den Austausch von Erfahrungen, die Diskussionen und politischen Veranstaltungen, die kulturellen und sportlichen Aktivitäten. Und diese Aktivitäten haben die kämpferische Einheit der Jugendlichen und ihrer Organisationen gestärkt.

Mit völliger Standfestigkeit und Einheit hat das III. Internationale Jugendlager auf alle Provokationen geantwortet und entsprechende Maßnahmen ergriffen: Es wurden Verbote ausgesprochen, Provokateure festgenommen und schließlich

all diese Provokateure aus dem Lager geworfen.

Das ist eine neue Erfahrung gewesen, die zeigt, daß sich die antifaschistische, antiimperialistische Einheit und der revolutionäre Kampf der Jugend nur dann wirklich verstärken können, wenn jeder Art von Repression die Stirn geboten wird und alle Spielarten der Kollaboration und Provokation bekämpft werden, auch solche, die unter dem Deckmantel der „Einheit“, der „Demokratie“ und des „Antimperialismus“ auftreten, um zu sabotieren und die Jugend von den revolutionären Zielen abzulenken.

Das ist eine wichtige Erfahrung dieses III. Internationalen Jugendlagers gewesen, ein Beweis für die Standfestigkeit der teilnehmenden Organisationen und ein Beitrag zur Einheit der antifaschistischen und antiimperialistischen Weltbewegung, zur Entwicklung des Kampfes der Jugend gegen den Kapitalismus, gegen den Imperialismus, gegen den russischen Sozialimperialismus und den chinesischen Expansionismus, für die Revolution, die Befreiung unserer Völker und den Sozialismus.

El Saler, den 15.8.79

Das Kommuniqué wurde unterzeichnet von:

ROTE GARDE (Jugendorganisation der KPD/ML)
UNION DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND KANADAS/ML
KOMMUNISTISCHE PARTEI DER USA/ML
KOMMUNISTISCHE JUGEND SPANIENS/ML
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS
CONFÉDÉRATION IRANISCHER STUDENTEN NATIONALE UNION (CISNU)
VERBAND DER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN JUGEND PORTUGALS
KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG/ML DER SCHWEIZ
KOMMUNISTISCHER JUGENDVERBAND DER TÜRKEI

Der KP Dänemarks/ML und der KP Mexikos/ML wurde das Kommuniqué zugesandt, da sie schon vorzeitig abreisen mußten.

Farthmann in Lengerich

Volkskorrespondenz aus Münster

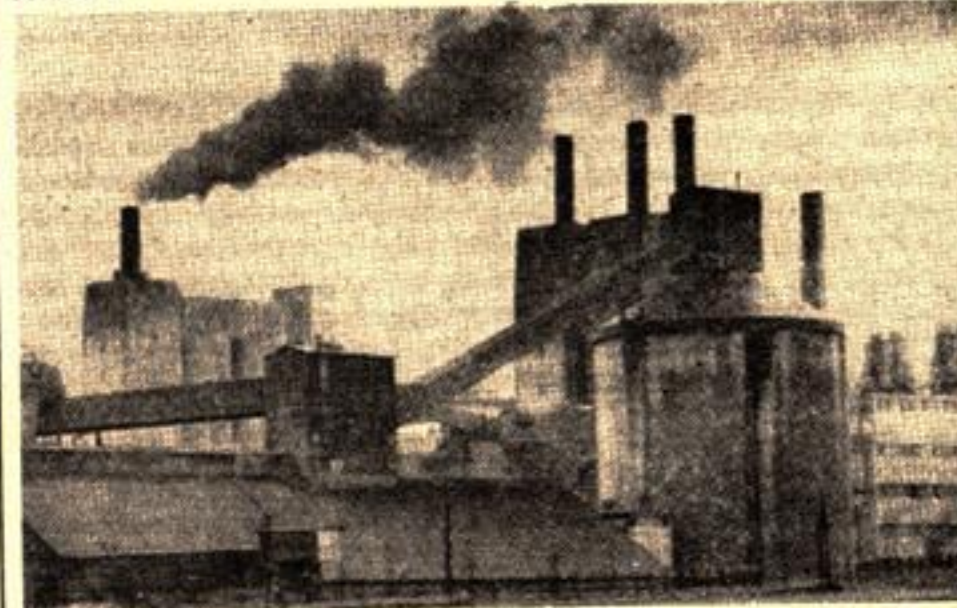
- In der Umgebung des Zementwerks Dyckerhoff in Lengerich sind die Bäume entlaubt, ist keine Kirsche und keine Möhre mehr genießbar.
- Einem Bauern sind im letzten Jahr acht Schafe verendet, in diesem Jahr ein weiteres; eines ist krank.
- Wasserhühner, die an einem Teich in der Nähe der Zementfabrik nisten, gehen ein.
- Ein Kaninchenzüchter hat bereits zehn tote Kaninchen zu beklagen; zunächst waren sie gelähmt, dann gingen sie reihenweise ein.

Betroffen ist vor allem das Arbeiterviertel Lengerich-Hohne. Inzwischen ist ein verseuchtes Gebiet abgesteckt worden, das einen Umkreis von mehreren Kilometern Durchmesser um das Werk erfaßt. Es erstreckt sich sogar bis auf die gegenüberliegende Seite des Teutoburger Waldes. Betroffen sind vor allem Landwirte und Kleingärtner, die ihre verseuchten Erzeugnisse nicht auf den Markt bringen können. Zwar ist ihnen inzwischen eine Entschädigung zugesagt worden, doch wie und wann sie erfolgt, ist noch völlig unklar.

Ursache dieser Verseuchung ist hochgiftiges Thallium, das aus einem Schornstein des Zementwerks Dyckerhoff ausgestoßen wurde. Das Thallium ist allgemein auch als Rattengift bekannt. Bereits ein Gramm genügt, um einen Menschen umzubringen. Die Bevölkerung ist sehr beunruhigt.

Am Samstag, den 25. August fand bereits eine Demonstration statt. Am Dienstag, den 28. August kam der

nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann nach Lengerich-Hohne. Fast die gesamte Bevölkerung von Hohne hatte sich in einem Schützenzelt versammelt. Farthmann hatte eine ganze Schar von Experten mitgeschleppt, die in erster Linie die Bevölkerung beruhigen sollten.



Das Zementwerk in Lengerich

Obwohl die Wissenschaftler zugeben mußten, daß über Langzeitschäden beim Menschen durch Thallium nur wenig bekannt ist, versicherten sie, daß eine akute Gefahr für die Bevölkerung nicht bestehe. Obwohl in Köln anhand von Tierversuchen festgestellt wurde, daß Thalliumeinwirkung während der Schwangerschaft zu Veränderungen des Embryos führen kann, bezweifelte ein gewisser Professor Prinz die Übertragbarkeit der Ergebnisse dieser Versuche auf den Menschen.

Fälle von Thallium-Vergiftung

Der Thalliumgehalt des Staubes, der aus dem Schornstein des Zementwerks kam, betrug immerhin rund 5 Prozent. Es besteht die große Gefahr, daß sich der Giftstoff in Pflanzen und in Organen, vor allem in den Nieren, anreichert und sich nur sehr langsam wieder abbaut, so daß die gesundheitliche Schädigung von Menschen, die diesen giftigen Staub ständig einatmen müssen, mehr als wahrscheinlich ist. Auf der Bürgerversammlung im Schützenzelt wurde deutlich, daß die Beunruhigung der Bevölkerung sehr berechtigt ist. Eine Frau beklagt, daß sie unter starkem Haarausfall leide (ein typisches Thallium-Vergiftungssymptom). Bei Stichprobenuntersuchungen sind bei 6 von 40 Fällen Thalliumspuren im Harn nachgewiesen worden. Rechnet man diese Zahlen hoch, so wären bei einer Bevölkerungszahl von 2000 Menschen in Hohne 300 Menschen betroffen. Um so verständlicher ist es, daß kostenlose Reihenuntersuchungen bisher

bes, der aus dem Schornstein des Zementwerks kam, betrug immerhin rund 5 Prozent. Es besteht die große Gefahr, daß sich der Giftstoff in Pflanzen und in Organen, vor allem in den Nieren, anreichert und sich nur sehr langsam wieder abbaut, so daß die gesundheitliche Schädigung von Menschen, die diesen giftigen Staub ständig einatmen müssen, mehr als wahrscheinlich ist. Auf der Bürgerversammlung im Schützenzelt wurde deutlich, daß die Beunruhigung der Bevölkerung sehr berechtigt ist. Eine Frau beklagt, daß sie unter starkem Haarausfall leide (ein typisches Thallium-Vergiftungssymptom). Bei Stichprobenuntersuchungen sind bei 6 von 40 Fällen Thalliumspuren im Harn nachgewiesen worden. Rechnet man diese Zahlen hoch, so wären bei einer Bevölkerungszahl von 2000 Menschen in Hohne 300 Menschen betroffen. Um so verständlicher ist es, daß kostenlose Reihenuntersuchungen bisher

nicht vorgesehen sind. Auf der Bürgerversammlung wurde klar, wie schlampig und verantwortungslos die zuständigen Behörden gearbeitet hatten. Obwohl bereits vor einem Jahr, im August 1978, Meldungen in Hohne bekannt wurden, brauchte man genau ein Jahr, die Ursache der Vergiftungen festzustellen, obwohl dafür von Anfang an nur das Zementwerk in Frage kommen konnte.

Das Gift stammt bekanntlich aus einer mehrere Jahre alten Halde der Sachtleben-Chemie GmbH in Duisburg-Homburg. Schon seit vier Jahren wird vergiftetes Eisenoxyd der Duisburger Halde in Lengerich und anderen Zementwerken verarbeitet. Selbst Minister Farthmann, der ansonsten alles tat, um die Firma Dyckerhoff in Schutz zu nehmen, mußte zugeben, daß er Hinweise habe, daß Dyckerhoff sehr wohl gewußt hat, wie hochgiftig der aus seinen Schornsteinen rauchende Staub ist. Offensichtlich ist hier rücksichtsloses Profitstreben am Werk. In vollem Bewußtsein versucht der Dyckerhoff-Konzern seit mindestens vier Jahren die Umwelt und gefährdet die Gesundheit der Menschen, bringt Haustiere um, entlaubt Bäume und schädigt die Natur.

nicht vorgesehen sind.

Auf der Bürgerversammlung wurde klar, wie schlampig und verantwortungslos die zuständigen Behörden gearbeitet hatten. Obwohl bereits vor einem Jahr, im August 1978, Meldungen in Hohne bekannt wurden, brauchte man genau ein Jahr, die Ursache der Vergiftungen festzustellen, obwohl dafür von Anfang an nur das Zementwerk in Frage kommen konnte.

Das Gift stammt bekanntlich aus einer mehrere Jahre alten Halde der Sachtleben-Chemie GmbH in Duisburg-Homburg. Schon seit vier Jahren wird vergiftetes Eisenoxyd der Duisburger Halde in Lengerich und anderen Zementwerken verarbeitet.

Selbst Minister Farthmann, der ansonsten alles tat, um die Firma Dyckerhoff in Schutz zu nehmen, mußte zugeben, daß er Hinweise habe, daß Dyckerhoff sehr wohl gewußt hat, wie hochgiftig der aus seinen Schornsteinen rauchende Staub ist. Offensichtlich ist hier rücksichtsloses Profitstreben am Werk. In vollem Bewußtsein versucht der Dyckerhoff-Konzern seit mindestens vier Jahren die Umwelt und gefährdet die Gesundheit der Menschen, bringt Haustiere um, entlaubt Bäume und schädigt die Natur.

Gesetze taugen nichts

Deutlich wurde auch, daß schon die Gesetzgebung zur Reinhaltung der Luft völlig unzureichend ist. Skandalöserweise liegt der Thalliumanteil des in Lengerich ausgestoßenen Staubes noch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte. Dieses Gesetz muß sofort geändert werden.

Mit Empörung reagierte die Bevölkerung auf das Verhalten der Stadtverwaltung. Erst eine Woche nach Bekanntwerden

des Umweltskandals bequeme sie sich, die Bevölkerung aufzuklären und Maßnahmen bekanntzugeben. Vorher mußten die Anwohner ihre Informationen aus Zeitungen und Fernsehmeldungen zusammenstückeln.

Auch nach der Bürgerversammlung bleibt die Ungewißheit. Eine Interessengemeinschaft der Bürger hat sich zusammengeschlossen, um dafür zu sorgen, daß die Verantwortlichen für alle entstandenen Schäden aufkommen.

Stadt Lengerich
Der Stadtdirektor

Gemeinde Lienen
Der Gemeindevorstand

28.8.1979

Liebe Mitbürger!

Nach Absprache mit dem Herrn Regierungspräsidenten dürfen wir Sie über die aktuelle Umweltsituation in diesem Raum wie folgt informieren:

In der näheren Umgebung der Zementwerke Dyckerhoff sind seit einiger Zeit Schäden an Pflanzen beobachtet worden. Die Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen wurde nach Bekanntwerden der Pflanzenschäden vom Staatl. Gewerbeaufsichtungsamt Münster unverzüglich mit der Ermittlung der Ursachen beauftragt. Durch umfangreiche Untersuchungen hat die Landesanstalt jetzt nachgewiesen, daß diese Schäden auf thalliumhaltige Staubemissionen zurückzuführen sind, die aus einem Einsatzstoff für die Zementproduktion herrühren. Die Verwendung dieses Einsatzstoffes wurde daraufhin mit sofortiger Wirkung eingestellt, so daß keine weitere Freisetzung von Thallium mehr erfolgt.

Nach den bisher vorliegenden Untersuchungsergebnissen ist keine Vergiftungsgefahr zu erkennen. Um gleichwohl jede mögliche Gesundheitsgefährdung auszuschließen, wird der Bevölkerung in einem Umkreis um das Werk, wie er aus der graphischen Darstellung auf der Rückseite erkennbar ist, vorsorglich amgetan. Gemüse aus Hausgärten sowie Innereien hausgeschlachteter Tiere - in jedem Verarbeitungszustand, z.B. frisch, tiefgefroren oder eingewickelt - nicht zu verzehren, da nicht ausgeschlossen werden kann, daß eine Anreicherung von Thallium in diesen Nahrungsmitteln stattgefunden hat.

Entgegen früheren Verlautbarungen ist jedoch der Verzehr von gewaschenem Obst unbedenklich.

Über den Verbleib der nicht zum Verzehr geeigneten Nahrungsmittel ergibt in Kürze eine besondere Mitteilung.

Auf die ordnungsbehördliche Verordnung des Kreises Steinfurt vom 28.8.1979 wird hingewiesen.

Darüber hinaus werden alle Bürger eingeladen, weitere Informationen zu erfragen, wenn

Herr Minister Prof. Dr. Farthmann
am Dienstag, 28.8.1979, um 14.30 Uhr
in der Gaststätte Kortkamp

Bede und Antwort steht.

„Aufklärung“ der Bevölkerung

Geldprämie für schlechte Ärzte

Volkskorrespondenz aus Kiel

Die Angriffe auf unsere Gesundheit werden immer dreister. In Bayern gilt ab 1.7.79 eine neue Vereinbarung zwischen den Kassenärzten und den Arbeiter-Krankenkassen: Wenn ein Kassenarzt weniger Patienten ins Krankenhaus einweist oder wenn er weniger krankschreibt oder wenn er weniger Medikamente verschreibt als üblich (als der Durchschnitt seiner Kollegen), dann bekommt er mehr Geld! Sozusagen eine Prämie. Umgekehrt: Wenn ein Kassenarzt, weil er gründlicher und verantwortungsbewußter untersucht und behandelt als der in täglicher Fließband-Pfusch-Arbeit erstickende Kollege, dann wird er bestraft: Ihm wird Geld abgezogen.

Kaum zu glauben, aber wahr. Wie funktioniert das? Die Kassenärzte haben mit den Kassen vereinbart, daß ab 1.7.79 der Umsatz der Ärzte 6,6 Prozent pro Jahr nicht übersteigen darf. Mit einer Ausnahme: „Es sei denn, sie können meßbare Einsparungen der Kassen bei Krankenhaus-einweisungen, Arzneimittelausgaben, Krankschreibungen für sich beanspruchen“ - dann können sie mehr als 6,6 Prozent Umsatzsteigerung ausgezahlt kriegen.

Zwar liest man in den Ärztezeitungen viele schöne, menschlich klingende Phrasen, mit denen der Staat diesen Kuhhandel mit unserer Gesundheit vertuschen will. Sie sagen: Wenn der Arzt gründlicher untersucht und teurere Medikamente aufschreibt, dann braucht er nicht so viele Patienten ins Krankenhaus zu schicken. Aber wer die vollen Wartezimmer und die jetzt schon übliche seelenlose Fließbandmedizin bei vielen Ärzten kennt, merkt sofort, wohin der Hase läuft.

Für den Werktätigen heißt das dann: Du wirst nur sehr oberflächlich untersucht, weil der Hausarzt nachgerechnet

hat: „Für dieses Vierteljahr ist mein Satz an Laboruntersuchungen, die mir von der Kasse gezahlt werden, verbraucht. Also, sparsam sein mit den Laboruntersuchungen, denn die müßte ich selbst bezahlen.“ Oder dein Kind hat schon tagelang einen schweren Brechdurchfall, ist ganz austrocknet und gehört unbedingt ins Krankenhaus, alles andere wäre lebensgefährlich. Aber dein Arzt denkt: „Das versuchen wir nochmal. Dann habe ich weniger Krankenhaus-einweisungen und kann mehr für Laborleistungen einstreichen.“ Besonders unsere Alten werden hart betroffen werden. Bei ihnen heißt es dann zuerst: „Das lohnt nicht mehr.“ Denn für die Kassen sind die Alten der ungünstigste Kostenfaktor.

Die Parteien in Bonn und die Kassen haben dabei folgerichtig gedacht: Wenn wir den Kassenärzten Geld zustecken, dann machen sie das schmutzige Geschäft mit der Krankheit, dann sagen die Ärzte zum Patienten: Die oder jene Untersuchung ist nicht nötig. So stehen wir sauber da, was sich bei den nächsten Wahlen auszahlt, die Ärzte machen für Geld alles. Und leider ist es so: Die meisten Ärzte werden noch mehr an Gründlichkeit, noch mehr an Menschlichkeit einsparen. Einige wenige Ärzte werden weiter gründlich unter-

suchen, obwohl sie einiges dann aus eigener Tasche bezahlen müssen, denn die Kasse bestraft Verantwortungsbewußtsein für den Patienten...

Manch einer mag denken: Na ja, in Bayern! Wir dürfen hier keine Illusionen haben. Überall sind Krankenkassen eng mit der SPD und dem DGB verfilzt. So war sogar in einer vielgelesenen Ärztezeitung, der „Medical Tribune“, zu lesen: „Er [der Vertrag] ist mit Sicherheit nicht zustande gekommen, ohne daß sich die Kassenseite in Bonn bei Ehrenberg bzw. in Düsseldorf beim DGB rückversichert hat und ohne daß F. J. Strauß sein Placet gegeben hat.“

In der Auseinandersetzung um diese Vereinbarung zwischen Ärzten und Krankenkassen wurden auch kritische Stimmen laut. So schrieb ein hoher Ärtzefunktionär von einem „Unglück“, von Bestürzung. „Die Auswirkungen eines Vertrages, wie ihn die bayrischen Krankenkassen vorsehen, wären in ihrer Gesamtheit für die Gesundheitspolitik verheerend.“ Und der Hauptgeschäftsführer der Krankenhausgesellschaft sprach von einem „unübersehbaren Risiko für die Patienten“ und einer „Prämie für die Ärzte bei geminderter Behandlung“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

„Sie hatten Angst. Und das ist richtig so.“

Von einem türkischen Kollegen aus Frankfurt

Es war der 18.10.1978, abends, etwa um 11 Uhr. Ein neurotischer Typ zieht plötzlich eine Pistole und schreit: „Hände hoch, Polizei!“ Die Pistole war auf meine Brust gerichtet. Der Typ war so erregt, daß jede Sekunde ein Schuß losgehen konnte. Dabei schrie er unaufhörlich: „Hände hoch, oder ich erschieße dich.“

Die Hände dieses zivilen Polizisten zitterten so, daß ich sagen mußte: „Mensch, beruhige dich. Nimm die Pistole weg und zeig' deinen Ausweis.“ Aber er drückte die Pistole auf meinen Rücken und sagte: „Das ist mein Ausweis.“ Dabei deutete er auf seine Pistole.

Er brachte mich mit der Pistole auf dem Rücken etwa 50 Meter weiter. Dort stand ein anderer Zivilist. Sie durchsuchten mich, dabei fluchten sie und jubelten über alles, was sie in meinen Taschen fanden. Sie fanden bei mir außer Handschuhen und Taschentuch ein Tränengasspray und ein dickes Kabel. Das brauchte ich, um eventuelle Angriffe von „Grauen Wölfen“ abzuwehren.

Am Ort der Festnahme klebte an der Wand ein frisches RGO-Plakat, auf dem in türkischer Sprache zu einem RGO-Seminar in Frankfurt aufgerufen wurde. Sie lösten das Plakat ab und nahmen es mit. An die Wand war außerdem, in türkischer Sprache, das Wort „Nieder“ gesprüht.

Als ich im Auto saß, gaben die zivilen Polizisten einen Funkspruch an andere Streifenwagen durch: „Vermutlich halten sich mehrere Ausländer-

Kolonnen in der Stadt auf, die Parolen sprühen und plakattieren.“ Dann wurde ich stundenlang beleidigt und beschimpft. Unter anderem hörte ich folgende Äußerungen von verschiedenen Polizisten:

— „Bald wird Hitler wiederkommen. Dann erlebt ihr, was ihr Ausländer nur verdient.“ (Dabei machte er eine halsabschneidende Geste.)

— „Du schmutziger Ausländer. Schämst du dich nicht, in diesem Alter [ich bin 40] unsere Straße zu besprühen?“

— „Wartet nur ab, die Abrechnung mit euch kommt noch.“

Außer diesen habe ich noch ähnliche faschistoide Äußerungen von verschiedenen Polizisten gehört. Als Antwort schwieg ich, doch innerlich sagte ich: Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!

Sie haben mich bis nachts um ein Uhr auf dem Revier behalten, obwohl ich meinen Paß bei mir hatte und ausländerrechtlich gemeldet war. Danach brachten sie mich zum Polizeipräsidium. Dort wurde ich erkenntnisdienlich erfaßt. Das dauerte bis drei Uhr morgens. Dabei mußte ich dauernd Beschimpfungen über mich ergehen lassen, weil ich ihnen ja solche „Arbeit“ machte.

Zum Schluß diskutierten sie, ob sie mich freilassen oder die Nacht über in die Zelle sperren sollten. Doch da ihnen das noch mehr Arbeit gemacht hätte, wurde ich endlich um 3 Uhr freigelassen. Etwa um 4 Uhr war ich dann zu Hause und um 7 Uhr stand ich wieder am Arbeitsplatz.

Später wurde ich zu insgesamt 628 Mark Strafe verurteilt. Dieses Geld muß ich bis zum 1.9.79 bezahlen. Ich habe zunächst Einspruch erhoben. Doch nachdem mir mein Rechtsanwalt klarmachte, daß ich keine Chance hatte, zog ich den Einspruch zurück.

Die mir angelastete Schuld ist: „Wilde Plakatierung und Sachbeschädigung“. Die Polizei machte in ihrer Aussage folgende Behauptung: „Wir waren bürgerlich bekleidet und hielten uns in Sachsenhausen [Frankfurter Stadtteil] auf. Wir sahen eine Gruppe Ausländer. Sie gingen auseinander und begannen zu plakattieren. Der Festgenommene war bei der Plakatierung dabei. Alle Ausländer waren auf ein Pfeifsignal hin verschwunden. Nur der Festgenommene blieb und sprühte weiter, wahrscheinlich, weil er das Pfeifen nicht gehört hatte. Ich mußte sofort meine Pistole ziehen, weil sonst der Festgenommene sicher zurückgeschlagen hätte. Auch die anderen wollten mich schlagen und sind nur geflüchtet, weil ich die Pistole zog.“

Die Polizei konnte natürlich viel behaupten, denn der Staatsanwalt glaubte ihr aufs Wort. Was ich sagte, obwohl es die Wahrheit war, galt nichts bei ihnen.

Zum Schluß möchte ich sagen: Sie hatten Angst! Angst vor der RGO, Angst vor den Arbeitern, die organisiert sind. Und das ist richtig so. Denn wer sein Dasein auf Ausbeutung und Unterdrückung aufbaut, muß Angst haben. Denn der Tag der Rechenschaft kommt!

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probennummer des „Roten Morgen“

- ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300528, 4600 Dortmund 30.



Teilnehmer einer antifaschistischen Gedenkfeier in der Dortmunder Bittermark



Während der DGB-Kundgebung im Zirkus-Krone-Bau in München gingen DGB-Ordner mit Gewalt gegen Straußgegner vor.

Zehntausende von Menschen, vor allem Jugendliche, machten den diesjährigen Roten Antikriegstag zu einer machtvollen Kundgebung gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. In über 100 Städten der Bundesrepublik hatte die Gewerkschaftsjugend zu Demonstrationen, Gedenkfeiern und Veranstaltungen aufgerufen. Trotz zum Teil erheblichen Widerstandes der DGB-Bonzen brachte die Masse der Gewerkschafter ihre Empörung gegen die Kanzlerkandidatur des Kriegstreibers und Gewerkschaftsfeindes Franz Josef Strauß zum Ausdruck. Als Hamburgs Ex-Bürgermeister Schulz den Strauß-Förderer Adenauer zum Friedenskanzler erklärte, war die Antwort ein schrilles Pfeifkonzert, und als

DGB-Chef Vetter vor 16 000 Jugendlichen in Dortmund sein bevorstehendes Treffen mit dem CSU-Chef verteidigte, gingen seine Worte in einer Woge der Empörung unter. Auf vielen DGB-Kundgebungen wurden Aufkleber verkauft, die Strauß mit einer MP im Anschlag zeigen, allein in Dortmund fast 2 000. Die KPD/ML und ihre Jugendorganisation, die Rote Garde, beteiligten sich an den Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend. Auf der DGB-Demonstration in Westberlin wurde ein großes Rote-Garde-Transparent mitgetragen. Überall wurden der „Rote Morgen“, der „Rote Rebell“ und anderes Material verkauft. In 24 Städten hatten Partei und Rote Garde zu Veranstaltungen aufgerufen.

Roter Antikriegstag 1979



Genossen der KPD/ML und der Roten Garde hatten sich in die Westberliner DGB-Demonstration eingereiht.



Genossen der KPD/ML auf der Hamburger DGB-Kundgebung zum 1. September



Über 16 000 Jugendliche hatten sich zur Antikriegsveranstaltung der DGB-Jugend in der Dortmunder Westfalenhalle eingefunden. Das Transparent „Kein Treffen Vetter Strauß“ spiegelte die Entschlossenheit der Gewerkschaftsjugend wider, einen entschiedenen Kampf gegen den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien und geschworenen Feind der Arbeiterbewegung zu führen. Die „Schmetterlinge“ erteten tosenden Beifall, besonders in einem Lied zum Stahlarbeiterstreik, in dem sie den Abschluß als „faulen Kompromiß“ bezeichneten.

In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ brachten wir den ersten Teil der Reportage über die landwirtschaftliche Genossenschaft Cakran im Bezirk Fieri. Unser Redakteur berichtete über seine Begegnung mit Kovač, dem Parteisekretär, und Luan, dem Vorsitzenden der Genossenschaft. Erstaunliche Produktionserfolge hat die Genossenschaft erringen können, zum Beispiel einen Weizenantrag von 41,2 Doppelzentnern pro Hektar. Es gab jedoch auch Mißerfolge, wie zum Beispiel bei der Baumwollernte, wo der Plan nicht erfüllt werden konnte. Im zweiten Teil der Reportage steht die Kollektivierung, der Aufbau der Genossenschaft Cakran.



Reisereportage SVR ALBANIEN



Der Verfasser der Albanien-Serie in Cakran

Bauern der ganzen kapitalistischen Welt es als einen Erfolg ansehen, wenn sie ihr Einkommen auch nur halten können. Die Verbesserung der Lebensbedingungen zeigt sich für die Bauern von Cakran jedoch nicht nur in den wachsenden Geldbeträgen, die von der Genossenschaft ausgeschüttet werden.

Dazu gehört auch die Tatsache, daß sie ohne einen Lek dafür zu zahlen, die vorbildliche medizinische Versorgung auf den Dörfern in Anspruch nehmen können. 30 medizinische Fachkräfte, die vom Staat bezahlt werden, arbeiten in der Genossenschaft. In jedem Dorf gibt es Kindergärten und Schulen, darunter auch sieben landwirtschaftliche Fachoberschulen. Letztere sind jedoch nicht nur den Jugendlichen vorbehalten; sie bieten auch den erwachsenen Bauern und Bäuerinnen die Möglichkeit der weiteren Qualifikation. In der ständigen Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten der Genossenschaftler, so erklärt mir Luan, liegt einer der Schlüssel für die Erfolge der Bauern von Cakran. Einer derjenigen Bauern, die neben der Feldarbeit noch die Schulbank gedrückt haben, ist übrigens auch Kovač. Luan dagegen — um bei der Ausbildung zu bleiben — hat eine „Karriere“ ganz anderer Art hinter sich. Als

in unserer Zone sehr viel Sonne. Unser Problem im vergangenen Jahr war, daß die Ernte zu lange gedauert hat. Es gab eine Kältewelle und viele Pflanzen wurden zerstört. Wir haben hinterher darüber diskutiert, wie wir den Ernteeinsatz noch schlagkräftiger gestalten können. Eine Maßnahme, die wir in diesem Jahr ergriffen haben, war auch, daß wir mit der Aussaat einen Monat früher begonnen haben.“

Unsere Fahrt hat uns bis an das Ufer eines Flusses gebracht, der breit und träge an uns vorbeifließt. Es ist die Vjosa, die hier die Grenze der Genossenschaft und auch des Bezirks Fieri bildet. Drüben auf dem anderen Ufer beginnt der Bezirk Vlora. Auf der Mitte des Stromes schaukelt eine kleine handbetriebene Fähre. Kovač ruft etwas zu den Bauern hinüber, die in dem Boot auf einem kleinen Bänkchen sitzen. Dann machen mich die Genossen auf eine Kanal aufmerksam, der parallel zum Fluß verläuft und der gegen die Stromrichtung hin von einem hohen fensterlosen Gebäude abgeschlossen wird.

„Dort ist unsere Pumpstation“, sagt Luan. „Vor einigen Jahren ist der Genosse Enver hier bei uns gewesen. Wir haben dort oben auf dem Berg gestanden. Genosse Enver hat auf die weiten Felder herunter-

die Bauern Steuern bezahlen müssen. Steuern gibt es ja bei uns überhaupt nicht mehr. Viele Jungen und Mädchen aus unseren Dörfern sind zu Agrotechniken oder Technikern ausgebildet worden. Die Kosten dafür, wie überhaupt für die Ausbildung, trägt der Staat. Genauso ist es mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Arbeit in den landwirtschaftlichen Hochschulen. Auch die werden uns kostenlos zur Verfügung gestellt.“

In Albanien gibt es die berühmte Schere zwischen sinkenden Erzeugerpreisen und steigenden Betriebsmittelpreisen nicht, die bei uns den Ruin der kleinen Bauern beschleunigt. Und das liegt eben an der Tatsache, daß es hier keine kapitalistische Profitwirtschaft gibt. Die Preise sind völlig stabil und jede Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität wirkt sich voll und unmittelbar im steigenden Einkommen der Bauern aus. Und mehr noch. Wo die Genossenschaften, etwa in den Bergregionen, mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, greift der sozialistische Staat auch mit besonderen Hilfsmaßnahmen ein, etwa dadurch, daß Betriebsmittel unter dem Herstellungspreis abgegeben werden. All das dient dem Ziel, die schwungvolle Entwicklung der Landwirtschaft weiter zu för-

weiter auseinander. Sie sind von großen Gärten umgeben; in manchen stehen die Obstbäume so dicht, daß das Haus fast dahinter verschwindet.

„Ist das Privatland?“, frage ich.

„Ja“, sagt Kovač, „jede Familie hat ein persönliches Eigentum von tausend Quadratmetern. Die Häuser hier sind auch persönliches Eigentum im Gegensatz zu den großen vorne an der Straße, wo wir wohnen. Du siehst ja, was hier angebaut wird: Obst, Gemüse, auch Viehfutter für die Tiere, die den Bauern selbst gehören.“

„Und warum gibt es noch Land, daß nicht der Genossenschaft, also allen Bauern gemeinsam gehört?“

„Das ist so eine Frage“, sagt Kovač, „früher hatte dieses Privatland ja mal eine reale wirtschaftliche Funktion bei der Versorgung der Bauern mit Lebensmitteln. Das ist heute längst nicht mehr der Fall. Wir haben Läden auch im kleinsten Dorf, die uns mit allem, was wir brauchen, versorgen — und das zu niedrigen Preisen. Heute stellt dieses Land ein Hemmnis dar bei der Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft und der Bildung des neuen Menschen. Es ist eben die Grundlage für manche egoistischen Verhaltensweisen, die unsere Menschen im wesentlichen schon überwunden haben.“

Ich will Dir mal ein Beispiel nennen. Nehmen wir die Ernte. Da muß ja ein konzentrierter Einsatz organisiert werden, jede einzelne Arbeitskraft, jede Stunde ist kostbar und notwendig, um alles rechtzeitig unter Dach und Fach zu bekommen. Und da kommt es eben vor, daß der eine oder andere einfach zu Hause bleibt, weil er erst einmal in seinem Garten ernten will. Oder es gibt Probleme mit dem Vieh, das persönliches Eigentum der Bauern ist. Es wird auf die Felder der Genossenschaft getrieben und dadurch wird das Kollektiveigentum geschädigt.“

„Also muß das private Land verschwinden und im Genossenschaftseigentum aufgehen?“

Kovač lacht. „Das ist natürlich richtig. Aber ganz so einfach ist es nicht. Bei uns ist es nicht möglich, daß solche Dinge sagen wir mal mit einem Gesetz über die Köpfe der Beteiligten hinweg geregelt werden. In dieser Frage wie überall, wo es noch rückständige Ansichten gibt, wird eine geduldige Überzeugungsarbeit gemacht. Und damit haben wir auch Erfolge. Zum Beispiel das Vieh. Viele Bauern haben ihre Tiere zu einer gemeinsamen Herde zusammengelegt, und jeder bekommt dann eine bestimmte Menge Milch, Fleisch usw. Das ist eine Übergangsform zum Kollektiveigentum. Oder das persönliche Land. Es hat immer wieder von den Bauern selbst Initiativen gegeben, diese Landflächen zu verkleinern.“

Im Haus einer Bauernfamilie

Inzwischen sind wir schon aus dem Dorf herausgekommen. Es ist dunkel geworden. In der Ebene flackert nur hin und wieder das Licht eines Traktors auf, der zu dieser späten Stunde noch seine Runden zieht. Von den Bergen gegenüber leuchten die Fenster einiger einsam gelegener Höfe herüber. Etwas abseits vom Dorf stehen neben der Straße drei Häuser dicht beieinander. Hier wohnt die Familie, die wir besuchen wollen. Die Häuser sind noch verhältnismäßig neu.

Der Kampf um Baumwolle

Besuch in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft 2. Teil

Die Kollektivierung

Wie haben die Bauern von Cakran ihre Genossenschaft gebildet? „Wir haben die Kollektivierung durchgeführt“, sagt Mehmet. „Die Partei hat gleich nach der Landreform die Bauern dazu aufgerufen, Genossenschaften zu gründen. Aber natürlich war es nicht so, daß nun alle sofort diesem Aufruf gefolgt wären. Nein, am Anfang waren es nur wenige, die gesehen haben, daß so ein Schritt notwendig ist. Wir haben jedoch auch nicht darauf gewartet, bis nun jeder einzelne Bauer die Notwendigkeit und die Vorteile der Genossenschaft erkannt hat. Wir haben einfach angefangen. Im Dorf Kadri zum Beispiel waren es sieben Kommunisten, die ihre Wirtschaften zusammengelegt haben. Damals gab es sogar in der Partei selbst noch große Schwierigkeiten. Zwei Genossen wollten nicht mit uns mitziehen. Die sind dann aus der Partei ausgeschlossen worden.“

Sechs Monate, nachdem also diese Sieben begonnen hatten, waren es schon 14 Familien, die an der Kollektivierung teilnahmen. Und später hat sich dann das ganze übrige Dorf angeschlossen. Natürlich ging das nicht ohne harte Kämpfe ab. Die ehemaligen reichen Bauern haben mit aller Macht gegen uns gearbeitet. „Ihr werdet alle Hungers sterben, wenn ihr den Kommunisten folgt“, haben sie den Bauern erzählt. Aber die Tatsachen selbst haben dieser Hetze den Boden entzogen. Jeder konnte es ja mit eigenen Augen sehen, daß unsere entstehende Genossenschaft der zersplitterten Kleinwirtschaft weit überlegen war. Daß es den Genossenschaftsbauern von Jahr zu Jahr besser ging.“

Natürlich kennen die Bauern von Cakran auch die übliche bürgerliche Propaganda, die für den Aufbau von sozialistischen Genossenschaften die

Sprachregelung „Zwangskollektivierung“ gefunden hat. Mehmet lacht darüber. „Bei uns ist kein einziger Bauer gezwungen, nicht einmal gedrängt worden. Natürlich hat die Partei eine große Überzeugungsarbeit geleistet, der Beitritt zur Genossenschaft ist aber von jedem einzelnen Bauern auf der Basis völliger Freiwilligkeit vollzogen worden. So hat sich der ganze Prozeß der Kollektivierung bei uns auch über einen Zeitraum von acht Jahren erstreckt. Im Maßstab des ganzen Landes gesehen, hat es zwanzig Jahre gedauert, bis die Kollektivierung vollständig abgeschlossen war. Das ist im Jahr 1967 gewesen.“

Agronom hatte er im Landwirtschaftsministerium in Tirana gearbeitet und war dann auf eigenen Wunsch an die Basis, in die Genossenschaft gegangen.

Eine neue Pumpstation

Luan und Kovač laden mich zu einer Rundfahrt durch die Genossenschaft ein. Der Weg geht vorbei an ausgedehnten Feldern, die sich bis zum Fuß der Berge in der Ferne erstrecken. Jetzt sehe ich auch, wie dicht der Weizen steht. Vom Wagen aus wirken die Felder wie ein eng gewobener grüner Teppich, nur hier und da durch-

geblickt und gesagt, daß wir auf dieser Ebene eine wahre Kornkammer machen könnten. Schon, haben die Bauern gesagt, wenn nicht das Problem mit dem Wasser wäre. Wir haben einfach zu wenig Wasser hier. Genosse Enver hat geantwortet, daß es für dieses Problem auch bald eine Lösung geben wird. Nun, jetzt ist es gelöst.“ Luan zeigt auf den gegenüberliegenden Berghang. „Dort hinauf wird jetzt das Wasser der Vjosa gepumpt und dann über die Ebene verteilt. Im nächsten Monat werden wir übrigens noch eine weitere Pumpstation in Betrieb nehmen.“

„Und wer hat die Stationen finanziert“, frage ich.



Bei der Baumwollernte

Was die ständige Erhöhung des Lebensniveaus der Kollektivbauern betrifft, kann Luan wirklich bemerkenswerte Zahlen vorlegen. Nehmen wir nur das Einkommen. Von 1971 bis heute ist es sage und schreibe um das Vierfache gestiegen. Ein realer Anstieg, denn in Albanien gibt es weder Inflation noch Preiserhöhungen. Und das in einer Zeit, wo die

die roten Tupfer der Mohnblumen unterbrochen. Bis hinunter in die Gräben am Rande der Straße reicht dieser Teppich; keine einzige Handbreite ist hier verschenkt worden. Mir fällt die Baumwolle wieder ein. Was hatte es denn nun damit auf sich?

„Die Baumwolle ist eine sehr empfindliche Pflanze“, sagt Luan. „Sie braucht gerade

„Das sind staatliche Investitionen“, sagt Luan. „Da hast Du auch so einen wichtigen Faktor für unsere Erfolge. Wir bekommen vom Staat jede erdenkliche Hilfe. Wie in allen Genossenschaften, so betreibt auch bei uns der Staat die Maschinen- und Traktorenstation. Dann sind da die gesamten sozialen Einrichtungen, die der Staat finanziert, ohne daß

den und den Unterschied zwischen Stadt und Land weiter abzubauen. Einen Unterschied, der sich in Albanien auch heute noch in der Lohndifferenz zwischen den städtischen und den ländlichen Werktätigen zeigt. Daß aber auch hier eine Angleichung stattfindet — und zwar sehr nachdrücklich —, das belegt die folgende Zahl aus dem letzten Fünfjahrplan, der im Jahr 1975 abgeschlossen wurde. Er weist nämlich für das Prokopfeinkommen der Genossenschaftsbauern eine Steigerungsrate auf, die doppelt so hoch ist wie die bei den Werktätigen der Stadt.“

Persönliches Eigentum und Kollektiveigentum

In der Dämmerung kehren wir in das Dorf Cakran zurück. Wir schlendern die Hauptstraße entlang, die mit der Ballung der sozialen Einrichtungen, den neuen großen Mehrfamilienhäusern — in denen auch Luan und Kovač wohnen — einen fast städtischen Eindruck macht. Um diese Zeit ist die Straße sehr belebt. Da sind die Spaziergänger, die vor dem Abendessen noch einen Rundgang durch den Ort machen. Da sind kleine Gruppen von Männern und Frauen, die wohl gerade vom Feld heimkehren. Viele von ihnen haben auf dem Weg nach Hause noch im Genossenschaftsladen eingekauft. Man sieht es vor allem an den großen Weißbroten, die sie unter dem Arm geklemmt tragen. Brot ist ein wichtiger Bestandteil jeder albanischen Mahlzeit.

Immer wieder werden Luan und Kovač angesprochen, in einen kleinen Schwatz verwickelt, wobei es — nach dem dröhnenden Lachen des Parteisekretärs zu urteilen — hauptsächlich um amüsante Dinge gehen muß. Abseits der Hauptstraße liegen die Wohnhäuser

Jeder der erwachsenen Söhne hat sich ein eigenes gebaut. Vor der Haustür hat sich ein wahres Spalier der Familienmitglieder aus den verschiedenen Generationen aufgebaut. Nacheinander werden wir herzlich begrüßt.

Als wir dann drinnen in der Wohnstube sitzen, wird die ganze Begrüßungszeremonie noch einmal wiederholt. Das ist, wie ich inzwischen aus eigener Erfahrung weiß, eine in ganz Albanien verbreitete Sitte. Sie hängt wohl zusammen mit der außerordentlichen Gastfreundschaft der Albaner. Viele Geschichten werden über diese Eigenschaft der Skipetaren erzählt. Eine davon, die ich in Cakran gehört habe, berichtet von einem Mann, dessen Vater plötzlich gestorben ist. Am gleichen Tag kommen unerwartet Gäste ins Haus. Der Mann schwört seine Familie darauf ein, mit keinem einzigen Wort den Todesfall zu erwähnen. „Die Gäste müssen fröhlich sein.“ Er trinkt mit ihnen, greift gar zur Ciftelia, um einige lustige Lieder zu singen. Und erst bei ihrer Abreise am nächsten Tag erfahren die Gäste durch Zufall von dem großen Verlust, der die Gastgeber betroffen hat.

Gleich nach dem Begrüßungstrunk wird das Essen aufgetragen. Was da so nach und nach auf den Tisch kommt, von den Hühnern über den Hammel auf Reis bis zum geschmorten Ferkel, von den verschiedenen Salaten bis zu Torten und Kuchen, das hätte wohl auch eine ganze Hundertschaft satt machen können. Aber diese Üppigkeit gehört nun auch einmal zur albanischen Gastfreundschaft. Wobei es den Gast einige Anstrengung kostet, bei allem mitzuhalten. Aber es gibt ja für die Verdauung den Raki, einen Traubenschnaps, und die Gastgeber sorgen dafür, daß die Gläser nie lange leer bleiben. Gelegenheit zum Trinken gibt es mehr als genug. Denn die Albaner haben die Angewohnheit, in kürzesten Abständen Trinksprüche in jeder Form auszubringen. Da gibt es erst einmal die Toasts auf die Gäste (die dann von diesen erwidert werden). Dann wird auf die Familie der Gäste getrunken, auch auf solche Angehörige, die es noch gar nicht gibt, zum Beispiel die zu erwartenden Kinder. In dieser Frage gibt es übrigens stets leichte Nuancen. Während die Älteren auf — natürlich möglichst zahlreiche — kommende Söhne anstoßen, legen sich die Jüngeren in Bezug auf das Geschlecht der Nachkommenschaft nicht fest.

Ja, und dann gibt es die Trinksprüche auf den Genossen Enver, auf die Partei der Arbeit. Und auch hier in Cakran beeindruckt und berührt es mich, wenn die Bauern, alte wie junge, mit ihrem Glas in der Hand aufstehen und mit einfachen, von tiefer Überzeugung getragenen Wor-

ten ihre Liebe zur Partei und zu Enver Hoxha ausdrücken. Auch in diesen kleinen alltäglichen Dingen spürt man die tiefe Verbundenheit des Volkes mit seiner Führung.

Und auf eine sehr unmittelbare Art fühlen sich diese Bauern auch mit unserem Kampf in Westdeutschland verbunden (was sich hier auch wieder in Trinksprüchen auf die KPD/ML und auf den Genossen Ernst Aust niederschlägt.) Ich bin erstaunt, wieviel sie von den Problemen in unserem Land wissen. Und sie nutzen auch die Gelegenheit, um mich nach allen möglichen Dingen, von den Sorgen der westdeutschen Bauern bis zu Neonazis auszufragen. Im Laufe des Abends haben wir dann auch noch die Gelegenheit, einen direkten Blick in das Chaos der kapitalistischen Welt zu werfen.

Und das kommt so: Einer der Söhne beklagt sich darüber, daß der örtliche Verstärker für Radio Tirana ausgefallen ist. Um das zu demonstrieren, schaltet er den Fernseher ein, wo anstelle des Bildes nur ein mattes Geflimmer erscheint. Er schaltet auf das italienische Fernsehen um, und für einige Minuten blenden wir uns in eine ferne Welt ein. Autos mit zerborstenen Scheiben, jäh in der Fahrt gestoppt. Eine blutüberströmte Leiche wird abtransportiert — der Sprecher gibt den derzeitigen Stand der terroristischen Attentate bekannt.

Wir sprechen über die Regierungskrise in Italien, über die Massenarbeitslosigkeit, die schwere Lage der Werktätigen dort. All das sind Dinge, die für diese Menschen weit in der Vergangenheit liegen. Die jüngeren haben sie nicht einmal selbst erfahren, kennen sie nur aus den Artikeln von „Zeri i Popullit“ über die kapitalistischen Länder oder eben aus den Nachrichten des italienischen Fernsehens. Sie haben ihr Leben in die eigene Hand genommen, ein Leben ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung, ohne die drückende Last der Krise. Sie haben andere Probleme. Beispielsweise, wie sie gemeinsam und aus eigener Kraft die diesjährige Baumwollernte meistern.

Als hier bei unserem Abendessen die Rede wieder auf die Baumwolle kommt, ist es der alte Bauer, der sich offenbar die größten Sorgen darum macht. Er hat vor vier Jahrzehnten selbst mit der Waffe in der Hand am Kampf gegen die Faschisten und die Beys teilgenommen. Inzwischen ist er längst in Rente gegangen. Aber trotzdem nimmt er an allen Problemen der Genossenschaft noch lebhaft Anteil. Er ist der Meinung, daß in diesem Jahr die Aussaat richtig angepackt wurde und die Aussichten für eine planmäßige Ernte gut sind. „Vielleicht können wir den Plan sogar übererfüllen. Ich will jedenfalls auch meinen Teil dazu beitragen.“

Aus einem Interview mit Genossen Amazonas

Während der Feierlichkeiten zum III. Parteitag unserer portugiesischen Bruderpartei PCP(R) befand sich auch eine Delegation der Kommunistischen Partei Brasiliens in Portugal, geleitet von ihrem 1. Sekretär, Genossen J. Amazonas.

Nachdem Genosse Amazonas einen Rückblick auf sein Leben und seinen Kampf seit der ersten Hälfte der dreißiger Jahre gab als er zur kommunistischen Bewegung stieß, antwortete er auf Fragen zur gegenwärtigen Lage in Brasilien. BV: Wie siehst Du die gegenwärtige Lage in Brasilien?



Joao Amazonas, 1. Sekretär der KP Brasiliens

Genosse Amazonas: Im Augenblick konzentrieren sich die Nachrichten in Brasilien auf die Frage der Amnestie. Sie steht auf der Tagesordnung. Die offiziellen Stellen tun natürlich so, als sei die Frage nach Amnestie vom General Figueredo gestellt worden, daß er damit eine der großen Fahnen ergriff, unter denen die Opposition das Volk mobilisierte, und daß die Regierung bereit sei, die weitestgehende Amnestie zu gewähren, die gegenwärtig möglich ist. Wir denken ganz anders. Die Regierungen der Generale widersetzten sich stets, manchmal ganz wild, irgendeiner Amnestie. Das war eine Frage, über die man nicht sprach. Später begann dann die Regierung über die Möglichkeit zu sprechen, daß einige Wegnahmen von Mandaten wieder rückgängig gemacht würden, einige politische Rechte wieder gewährt würden.

Aber die Forderung nach Amnestie kommt vom brasilianischen Volk. Das hat sich zu einer Bewegung in der öffentlichen Meinung entwickelt, die fast ohne Beispiel ist.

Demgegenüber ist das Amnestieprojekt der Regierung begrenzt und restriktiv. Nicht nur, weil sie zahlreiche Gefangene ausschließt, sondern auch, weil sie sich innerhalb der Legalität dieses Regimes bewegt, von Gesetzen, die sich in keiner Weise mit irgendwelchen demokratischen Verfassungen in Einklang bringen lassen. Sie gestehen zu, daß die Exilierten wieder kommen, öffnen die Gefängnisse für einen großen Teil der politischen Gefangenen, aber sie erhalten das Sicherheitsgesetz aufrecht, ein sehr drakonisches Gesetz, durch und durch reaktionär; sie behalten die Militärgerichte bei, um Zivilisten wegen sogenannter politischer Straftaten oder sozialer Kämpfe zu verurteilen.

Natürlich sind wir auch nicht damit einverstanden, daß die sogenannten Fälle von Terrorismus, Banküberfällen usw. von der Amnestie ausgeschlossen werden. Selbstverständlich gab es Terrorismus in Brasilien, sogar in einer Art und Weise wie nie zuvor. Aber dieser Terrorismus wurde vor allem von den Militärs, den Generälen angewandt. Das Regime, das

Die Isolation der Diktatur wächst jeden Tag

sie dem Land aufzwangen, war ein terroristisches Regime, das Hunderttausende von Menschen barbarisch gefoltert hat, Hunderte von Patrioten und Revolutionären ermordet hat, Volksbewegungen für die minimalsten Forderungen unterdrückt hat.

Dies ist eine Regierung, die zahllose Verbrechen gegen das Volk, gegen die Nation beging, dies sind die Terroristen. Man kann diejenigen nicht anklagen, die gegen den Terrorismus gekämpft haben, mit den Waffen, die sie vorfanden, in einer Situation, da jede offene politische Arbeit unmöglich war.

BV: Eine der letzten Nachrichten war die, daß die Gründung einer Gewerkschaftszentrale der brasilianischen Arbeiter bevorsteht. Wie steht die Partei dazu?

Genosse Amazonas: Wir haben diesen Vorschlag immer verteidigt. Es tut not, die Einheit der Arbeiterklasse im gewerkschaftlichen Bereich konkret auszudrücken. Das entspricht der Erfahrung der internationalen und der brasilianischen Arbeiterbewegung; die Arbeiter brauchen die Gewerkschaftseinheit so wie die Pflanze das Licht. Immer, wenn im Lande etwas mehr Freiheit besteht, taucht diese Forderung auf und auch die Anstrengungen, sie zu verwirklichen. Unsere Partei war stets für die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale, und sie wird ihre Anstrengungen fortsetzen, um dieses große Verlangen, das nicht erst seit heute besteht, zu verwirklichen.

BV: Wie führte die Partei ihren illegalen Kampf gegen die Diktatur während dieser fünfzehn Jahre Unterdrückung?

Genosse Amazonas: Es ist schwer, fünfzehn Jahre Aktivität in wenigen Worten zu erklären. Man kann sagen, daß unsere Partei in dieser Zeit stets ein Vorhutkämpfer gegen die Diktatur war. Sie war eine der konsequentesten Kräfte in diesem Kampf. Sie ließ die Fahne des Kampfes gegen die Diktatur nie sinken, so schwer auch die Opfer, so groß auch die Schwierigkeiten gewesen sein mögen. Deshalb war von allen Parteien auch unsere diejenige, die die Mehrzahl der Helden und Märtyrer, die in diesem Kampf fielen, stellte. In Brasilien wurden ungefähr 400 Personen ermordet, mehr als 80 davon waren von der KP Brasiliens. Allein vom Zentralkomitee wurden 12 Genossen ermordet, oder sie fielen im Kampf gegen dieses ungerechte, volksfeindliche und antinationalistische Regime. Zur selben Zeit wurden Aberhunderte in den Kerker geworfen und schwersten Prüfungen durch die Folterknechte ausgesetzt, durch die sogenannten „Spezialorgane“ der Unterdrückung.

Das bedeutet, daß unsere Partei in der Lage war, den Kampf gegen die Diktatur zu führen, von den einfachsten Massenbewegungen oder nur Keimen der Massenbewegung, bis hin zum bewaffneten Kampf im Süden Paras. Das waren fünfzehn Jahre harten Kampfes, die unsere Pflicht waren, keine besondere Tugend unserer Partei, die wir zu Propagandazwecken ausnutzen wollen.

zonas. Zum Abschluß seines Besuches gab er „Bandeira Vermelha“, dem Zentralorgan der portugiesischen Partei, ein Interview.

Eine Partei der Arbeiter, eine kommunistische Partei, kann sich nicht von ihrem Volk trennen, und sie hat die Pflicht, mit diesem Volk gegen den Feind zu kämpfen, unter allen Umständen.

BV: Was wir noch wissen möchten: Die Diktatur hat viele revolutionäre Organisationen angegriffen und auch vernichtet. Die KP Brasiliens widerstand diesen Angriffen. Wie wurde das erreicht?

Genosse Amazonas: Das ist wahr. Der Diktatur gelang es, völlig und bestimmt zeitweise viele Organisationen der Linken in Brasilien zu zerschlagen. Aber in keinem Augenblick gelang es ihr, die KP Brasiliens zu zerschlagen. Unsere Partei kämpfte die ganze Zeit im Lande trotz schwerer Schläge, die sie immer wieder hinnehmen mußte. Warum? Ich glaube vor allem, wegen der richtigen Politik der Partei. Das heißt, unsere Partei hat gezeigt, daß sie eine revolutionäre Linie besaß, aber zur selben Zeit auch

eine flexible, breite Linie, die den Ereignissen im Lande und den Gefühlen der breiten Massen des Volkes entsprach. Hätten wir keine korrekte Politik gehabt, wären wir zweifellos auf halbem Wege zerschlagen worden.

Alle Parteien wurden von der Diktatur getroffen. Nicht nur die Linksradikalen, die Linken, sondern auch die mit einer rechtsopportunistischen Linie. Das zeigt, daß es die richtige Politik war, die taktischen Fähigkeiten sich auf neue unerwartete Ereignisse einzustellen...

Das alles hat es der Partei ermöglicht zu überleben.

In der nächsten Nummer des „Roten Morgen“ folgt der zweite Teil des Interviews, in dem sich Genosse Amazonas den verschiedenen Strömungen der Opposition in Brasilien widmet, die Lehren aus dem Guerillakampf im Araguaiagebiet zieht und zur Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung Stellung nimmt.

Vizepräsident Mondale in China Die Achse Peking-Washington wird geschmiedet

Die Gemeinsamkeit der Interessen Chinas und der USA betonte US-Vizepräsident Walter Mondale in einer von Radio und Fernsehen ausgestrahlten Rede an der Peking-Universität. Jeder Versuch, China zu isolieren, stehe im Gegensatz zu den amerikanischen Interessen, betonte Mondale.

Zum ersten Mal verbreitete in der vergangenen Woche das chinesische Radio die Rede eines ausländischen Politikers. Mit gutem Grund. Denn die Rede des US-Vizepräsidenten Mondale signalisierte, daß die neuen Herren in Peking eines ihrer ersten Ziele erreicht haben: Der Pakt mit den USA nimmt Form an. Die unmißverständliche Drohung Mondales, jeder der versuche, China zu isolieren, handle gegen die amerikanischen Interessen, hat genau diese Bedeutung.

Daß auch die Machthaber der USA die Achse zwischen Washington und Peking wollen, ist klar. Mondale unterstrich dies mit seiner Behauptung, die Zusammenarbeit zwischen USA und China werde in den 80er Jahren zu einem Bollwerk des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt werden.

Ein schönes Bollwerk! Ausgerechnet die USA, der Weltpolizist, der den Krieg überall hinträgt, wo seine Interessen, seine Dollars, gefährdet sind, das Land der Milliardäre und des Massenelends, des Rassismus und Waffenhandels gemeinsam mit China, das seine Nachbarn überfällt, mit seiner Modernisierung der Wirtschaft massenhaft Arbeitslose produziert, wo die Parteibonzen per Gesetz korrupt sein dürfen — ausgerechnet die Partnerschaft dieser beiden Staaten soll ein Bollwerk des Friedens und der Gerechtigkeit werden! Tatsache ist, daß diese Achse, verlängert um den dritten Partner Tokio, ein Bollwerk der imperialistischen Großmachtpolitik und Ausbeutung der arbeitenden Massen sein wird. Geschmiedet wird sie schon lange.

So wurden jetzt neben der Unterzeichnung eines Kulturabkommens auch die nötigen Verhandlungen zu Abkommen

über die Textilindustrie und über die See- und Luftfahrt geführt. Das Handelsabkommen soll noch dieses Jahr im amerikanischen Kongreß unterzeichnet werden, es enthält die Meistbegünstigungsklausel, die engen Partnern zugestanden wird.

Der chinesische Kongreß verabschiedete bereits das Gesetz über gemeinsame Betriebe, das es den amerikanischen Finanzmagnaten erlaubt, sich an der Ausbeutung der chinesischen Arbeiter zu beteiligen. Ebenfalls wurden bereits verschiedene Anträge auf amerikanische Kredite gestellt, er in den letzten Wochen über ca. 3 Milliarden Dollar. Selbst Grundnahrungsmittel wie Mais (3 Mio. Tonnen) kauft China heute in den USA. Gleichzeitig wurde auch von Tokio ein Kredit in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar erbeten. Die amerikanischen Ölmultis bekamen Vorzugsrechte bei der Ausplünderung der chinesischen Erdölvorkommen, die heute schon 6 Milliarden Tonnen bekannte Reserven ausweisen.

Das verzweifelte chinesische Bemühen, endlich NATO-Waffen kaufen zu können, wie etwa den britischen Senkrechstarter „Harrier“, zeigt, daß dieser Pakt noch eine andere Dimension hat. Nicht nur um die gemeinsame Ausbeutung der Werktätigen, sondern auch um gemeinsame aggressive Pläne geht es dabei. China und Japan wollen die asiatische Großmacht Nummer eins werden; die USA nutzen dieses Streben zur Einkreisung ihres sowjetischen Konkurrenten aus.

Dieser Pakt der reaktionären Achse Washington-Tokio-Peking stellt eine Bedrohung vor allem der Völker Asiens dar, aber auch eine echte Gefahr für den Frieden der Welt.



In der albanischen Landwirtschaft gibt es keine verlassenen Höfe und verkarstete Berge. Jedes Fleckchen Boden wird intensiv genutzt.

Neue Erkenntnisse im „Bayernkurier“ über den 2. Weltkrieg

Schuld waren die anderen

Bekanntlich haben alle Aggressoren noch jedesmal gute Gründe für ihre Eroberungszüge ins Feld führen können. Das große China fühlte sich vom kleinen Vietnam in seiner Unabhängigkeit bedroht und sah sich gezwungen, „Strafaktionen“ zu erteilen. Auf ähnliche Weise wußte Hitler den Angriff auf Polen als gerechte Verteidigungsmaßnahme hinzustellen.

In der Ausgabe des „Bayernkurier“ (Herausgeber: Franz Josef Strauß) vom 1. September verbreitete sich ein gewisser Dr. Alfred Schickel über die Begleitumstände und Ursachen des Kriegeausbruchs vor 40 Jahren. Im ersten Abschnitt kündigt er an, „wichtige Stationen auf dem Weg zu diesem Konflikt im Lichte neuer zeitgeschichtlicher Erkenntnisse zu betrachten“. Was dann folgt, scheinen jedoch weniger neue zeitgeschichtliche Erkenntnisse zu sein als vielmehr ein widerwärtiger Aufguß alter, aus den Geschichtsfälscherarsenalen der Nazis stammender Lügen.

Nachdem Dr. Alfred Schickel die Annektierung des Memellandes durch Hitler am 23. März 1939 ohne auch nur eine Andeutung von Kritik

erwähnt, läßt er sich in aller Ausführlichkeit über ein vom polnischen Außenminister Beck angestrebtes „großpolnisches Reich“ aus.

Er fährt dann fort: „Bei diesen Warschauer Großmachtplänen mußte der Anschluß des Memellandes an Deutschland naturgemäß stören und auch die Berliner Forderung nach der Rückgabe Danzigs als unannehmbar erscheinen.“ Dr. Schickel scheint der Meinung zu sein, daß es nur natürlich ist, wenn ein kleiner Staat sich den Gebietsansprüchen einer Großmacht beugt. Der Schwächere hat sich halt dem Stärkeren zu beugen, so hieß es doch damals. Im übrigen versucht Schickel, Hitler von der Kriegsschuld reinzuwaschen und der polnischen Regierung die volle Verantwortung zuzuschreiben. Daß die Westmächte sich anfangs

hinter Polen stellten, ist für Schickel ein weiteres Indiz für den „polnischen Konfrontationskurs“.

„Dazu kam noch“, fährt Dr. Schickel fort, „daß der deutschen Reichsregierung geheimdienstliche Erkenntnisse über subversive polnische Aktivitäten in Danzig vorgelegt wurden.“ Mal unterstellt, es hat wirklich Subversion gegeben, was hat die deutsche Wehrmacht damit zu tun? Völlig ärgerlich wurde diese „Entwicklung“ für die Nazis dann aber, „als ein Großteil der westlichen Presse diese Vorgänge als erfolgreiche polnische Herausforderung der deutschen Seite hinstellte.“ Für Schickel ist es da nur zu verständlich, daß Hitler sein Prestige zu wahren und dieses internationale Komplott gegen Deutschland mit Angriffsdrohungen zu beantworten hatte. Geradezu empörend ist es für Schickel, daß diese Drohungen in Warschau keinerlei Wirkung zeigten.

Ist nach Schickel für den Ausbruch des zweiten Weltkriegs die Haltung Warschauer verantwortlich, so sieht er die Verantwortung für die Millionen Toten und Verwundeten ebenfalls nicht bei den Nazis, sondern bei den Völkern und Regierungen der Anti-Hitler-Koalition. „Die Unzulänglichkeit der alliierten Kriegsgegner mit der bislang unerhörten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands ließ aus den Schüssen des 1. September 1939 letztlich die größte kriegerische Auseinandersetzung der Weltgeschichte werden.“ Das Elaborat Schickels im „Bayernkurier“ ist nicht nur eine nachträgliche Rechtfertigung des faschistischen Massenmordes, es ist gleichzeitig eine Rechtfertigung aller Aggressionsakte, die der westdeutsche Imperialismus noch in Zukunft anzetteln will.

Immer dreister kommen sie aus ihren Löchern gekrochen, die alten und neuen Nazis, und fordern Tribut für die Niederlage, die dem deutschen Imperialismus 1945 von den Völkern der Welt bereitet wurde.



Beschwerden über Tiefflugterror nehmen um 80 Prozent zu

Apel verteidigt Tiefflugmanöver

„Es jaulte und krachte, und dann kam der Feuerball wie eine Napalmbombe auf mich zu!“ Das sind die Worte eines 51-jährigen, der den Absturz einer tieffliegenden Militärmaschine am 24. Juli 1978 in Höxter miterlebte.

„Wir hatten den Eindruck, daß die Piloten den Kirchturm oder die Donauschleife als Navigationshilfe nehmen und im Tiefflug über unserem Ort eine Kurve ziehen“, so äußerten sich Bad Abbacher Kurgäste über unerträgliche Lärmbelästigung. Und der Kurdirektor von Bad Wörishofen weiß zu berichten: „Wenn die Soldaten jeweils Landeanflüge üben, drehen sie in höchstens 150 Meter Höhe über Wörishofen. Die Kurgäste fallen uns aus den Betten.“

Schon vor einem Jahr bildete sich im „Tieffluggebiet 7“ (Raum Donau-Ries/Dillingen) eine Bürgerinitiative, die an die 20 000 Unterschriften gegen die Tiefflugmanöver der Luftwaffe sammelte. Hier wackelten die Wände und gingen Fensterscheiben zu Bruch, wenn Tiefflüger in nur 75 Meter Höhe über die Ortschaften donnerten.

Im Ablauf des letzten Jahres registrierte das Kriegsmuseum in Bonn eine Zunahme der Beschwerden über Tiefflüge um mehr als 80 Prozent. Die dicht aufeinanderfolgenden „Phantom“-Abstür-

ze im Saarland, bei denen über 40 Häuser beschädigt wurden und wie durch ein Wunder nur 12 Menschen leicht verletzt wurden, sowie die letzten Abstürze im Sauerland und die provokatorischen Tiefflüge über Atomkraftwerken haben Kriegsminister Apel zu Beratungen mit den zuständigen Stellen veranlaßt.

Doch was dabei herauskam, ist ein Schlag ins Gesicht für alle vom Tiefflugterror betroffenen Menschen in unserem Land. Er versprach zunächst die Bildung einer Arbeitsgruppe, die das ganze Problem diskutieren soll, machte aber gleichzeitig klar, daß er nicht daran denke, die Tiefflüge einstellen zu lassen. Aus Gründen der Verteidigungsbereitschaft müsse man die Lärmbelästigung und die Gefährdung an Leib und Leben über sich ergehen lassen.

Diese Manöver haben mit der Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft nicht das geringste zu tun. Apel selber führt aus, das Unterfliegen des gegnerischen Radarsystems müsse geprobt werden. Seit wann hat der „Feind“ sein Radarsystem in unserem Land stehen? Diese Manöver sind Übungen für den Angriffskrieg und eine ständige Bedrohung für die Sicherheit, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung. Sie müssen auf der Stelle abgebrochen werden!



Samstag, 8.9., 20.15 Uhr, Nord/Hessen III:
Der Dummkopf. Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahre 1920 mit Buster Keaton.

Montag, 10.9., 21.20 Uhr, ZDF:

Das Nest. Spielfilm von und mit Franz Xaver Kroetz. — Kurt (F. X. Kroetz) lebt mit seiner Familie trotz Schwerstarbeit in großer wirtschaftlicher Not. Um sein Gehalt aufzubessern, übernimmt er einen zweifelhaften Sonderauftrag von seinem Chef und kippt Fässer mit Giftmüll in einen Waldsee. Als sich sein Kind in diesem See aufgrund der Verseuchung schwere Verbrennungen zuzieht, kommt es zu Komplikationen nicht nur in der Familie...

Montag, 10.9., 22.00 Uhr, ARD:

Medienklinik. Satirisches mit Gisela Trowe, Benno Hoffmann, Jürgen Scheller, Achim Strietzel, Wolfgang Volz u.a.

Dienstag, 11.9., 20.15 Uhr, WDR III:

Ein Land in Schutt und Asche. Hans Lahaye (gestorben 1965) zeichnete seit September 1944 die Bombardierung Aachens mit einer 16-mm-Kamera auf, nicht selten unter Lebensgefahr. Unter den amerikanischen Kongreßabgeordneten und Journalisten, die nach 1945 Aachen besuchten, befand sich auch der heute in der DDR in Ungnade gefallene Schriftsteller Stefan Heym. Er gibt seine Eindrücke von damals wider.

Mittwoch, 12.9., 20.15 Uhr, Nord/Hessen III:

Preis am Stiel. Aufzeichnung des neuen Kabarettprogramms von Hanns Dieter Hüsch.

Freitag, 14.9., 20.00 Uhr, DDR II:

Die Komödie vom Zaren Boris und Grischka Otrepjew von Alexander Puschkin; Inszenierung des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin.

Trotz „Millionenlüge“ Suspendierung aufgehoben

Für Nazi-Lehrer freie Bahn

Der Nazi-Lehrer Alwin S. darf weiter an Hessens Realschulen unterrichten. Er war zunächst vom Unterricht suspendiert worden, weil er im Zusammenhang mit der Fernsehserie „Holocaust“ geäußert hatte, daß es Vernichtungslager der gezeigten Art überhaupt nicht gegeben habe und im übrigen sei es schon rechnerisch nicht möglich, daß dort sechs Millionen Juden umgebracht worden seien.

Um seine dreisten Lügen zu untermauern, versorgte er eine Schülerin mit der faschistischen Hetzschrift „Die Lüge von Auschwitz“. Obwohl solche „Lehrkräfte“ von deutschen Schulen gejagt werden müßten, obwohl solche Propagandisten unsere Kinder im Geist von Rassismus und Völkerhaß erziehen wollen, wurde die Suspendierung von Alwin S. aufgehoben, verfügt vom Regierungspräsidenten in Darmstadt „im Einvernehmen mit dem Kultusminister“ (SPD).

Die verantwortlichen Behörden lassen so einen „Erzieher“ nicht nur auf die Schulen los, sie organisieren auch noch eifrig seinen Schutz vor Protesten. „Mit Rücksicht auf die Fürsorgepflicht“ wolle man seinen gegenwärtigen

Arbeitsplatz nicht bekanntgeben.

Die Staatsanwaltschaft, die zunächst wegen Volksverhetzung ermittelt hatte, kam schnell zu dem Schluß, daß hier kein bedingter Vorsatz vorliegen habe, und die übergeordnete Frankfurter Anklagebehörde mochte auch keine Staatsschutzsache daraus machen. Es läuft zwar noch ein Disziplinarverfahren. Doch daß es zur Amtsenthebung im Falle Alwin S. kommt, hält man im Regierungspräsidium für denkbar unwahrscheinlich. Während man in unserem Land mit Feuereifer selbst den Gleiskörper der Bundesbahn vor Kommunisten und anderen „Staatsfeinden“ zu säubern sucht, werden die Zustände für alte und neue Nazis zunehmend paradiesisch.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60,— ☐ halbjährlich DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
2390 FLENSBURG (Düburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 3, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30—18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10 - 14 Uhr.
7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klarheit“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickedestraße 9, Tel.: 0451 / 47 38 70.
3700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.
8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr, 8 u. Sa 10-13 Uhr.